

mann gewesen, der in der DDR ein Handelsobjekt sah, das man gegebenenfalls gegen Wertvolleres eintauschen konnte. Er gerierte sich vielmehr als politischer Kämpfer, der in der DDR eine politische Bastion sah, die er sowohl zur politischen Verteidigung als auch zum politischen Angriff gegen den Westen benötigte.

3. Noch überraschender ist, daß im Kreml eine fundamentale Fehlwahrnehmung vorlag. Die Leiter der sowjetischen Politik täuschten sich völlig über die Haltung der Deutschen zum Kommunismus, zur Sowjetunion und zu deren Politik. Sie sahen zwar immer wieder im Einzelfalle, daß es bei den Deutschen Schwierigkeiten mit der sowjetischen Politik gab, aber sie haben daraus niemals die Konsequenz gezogen, daß ihr Vorgehen verkehrt sein könnte oder daß man an ihm irgendwelche Korrekturen anbringen müßte, um die Zustimmung des deutschen Volkes zu gewinnen. In ihrer Vorstellung war die eigene Politik von vornherein fraglos dazu geeignet, die Wünsche und Bedürfnisse der Deutschen und anderer Völker zu befriedigen, wenn man nur die richtige Strategie und Taktik bei der Durchsetzung wählte. Es kam daher allein darauf an, die unternommenen Anstrengungen, insbesondere die Aktionen der KPD, zu verstärken, um das Potential der vermeintlich in Deutschland zustimmungsfähigen Politik voll auszuschöpfen und die grundsätzlich vorhandene deutsche Zustimmung faktisch zu realisieren – eine groteske Fehleinschätzung der Situation, deren Existenz wir aber konstatieren müssen, wie verkehrt sie auch gewesen ist.

Das Fazit meiner Forschung ist, daß sich die sowjetische Führung weigerte, auch nur die geringsten Zugeständnisse bezüglich einer irgendwie im Westen akzeptablen Wiedervereinigung Deutschlands ins Auge zu fassen. Das heißt mit anderen Worten: Auch wenn die westlichen Regierungen und die – in ihrer außenpolitischen Handlungsfähigkeit diesen Regierungen nachgeordnete – Bundesregierung unter Adenauer bereit gewesen wären zu einem weitreichenden Entgegenkommen gegenüber Stalin, hätte dies in keiner Weise die Chancen für ein demokratisches Gesamtdeutschland erhöht, mit welchen außen- und sicherheitspolitischen Bedingungen die westliche Seite auch einverstanden gewesen wäre. Stalin konnte sich – das ist meine Schlußfolgerung aus meinen Dokumentenfunden – nur ein kommunistisches Gesamtdeutschland unter seiner Oberherrschaft vorstellen.

Amtierender Vorsitzender Dirk Hansen: Meine Damen und Herren, ich danke Herrn Dr. Wettig für seine Ausführungen.

(Pause)

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse (SPD): Was wir heute morgen gehört haben, war sozusagen abgelagerter Sprengstoff, und das Eigentümliche ist, daß der alte abgelagerte Sprengstoff nichts von seiner Brisanz verloren zu haben scheint. Die alten Schmerzen und die alten Frustrationen sind, vielleicht ist das auch sehr typisch deutsch, immer aktuell. Erlauben Sie,

daß ich zunächst einmal, einer Übung folgend, die wir haben, gerade bei schwierigen Themen zunächst eine Runde einläute unter den hier anwesenden Vertretern von Fraktionen und Gruppen und zunächst einmal Herrn Koschyk das Wort erteile.

Abg. Koschyk (CDU/CSU): Ich lege Wert darauf, aus Sicht unserer Fraktion, gestärkt durch das, was Herr Prof. Möller und Herr Dr. Wettig vorgetragen haben, noch einmal etwas zu den zentralen Gedanken Adenauerscher Deutschlandpolitik zu sagen. Es ist sehr deutlich geworden durch die beiden Vorträge, daß es für Adenauers Deutschlandpolitik drei grundlegende Aspekte gegeben hat. Da ist, erstens, eine sicherheitspolitische Notwendigkeit, die sich einfach durch die geopolitische Lage des Westteils Deutschlands am Rande des sowjetischen Machtbereichs, aber auch aufgrund der allgemeinen sicherheitspolitischen Konstellation damals in Europa ergeben hat. Zweitens – die Entscheidung für die Westbindung als eine Art außenpolitischer Entsprechung der inneren Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland, also kein Zweckbündnis, sondern Wertegemeinschaft nicht nur im sicherheitspolitischen, sondern auch im ideellen grundsatzpolitischen Sinn. Und drittens die Wiedervereinigung nicht im Gegensatz zu dieser Grundsatzentscheidung der Westbindung, sondern als deren notwendige Voraussetzung.

Ich meine, Adenauer hat es durchaus realistisch eingeschätzt, daß die Wiedervereinigung Deutschlands für die Westmächte kein vorrangiges Anliegen war. Es mußte ihm darauf ankommen, die Interessen der Westmächte mit denen der Westdeutschen, die in Verantwortung für das gesamtdeutsche Anliegen standen, zu verknüpfen. Seine Politik bedeutete nicht nur die Anbindung der Bundesrepublik Deutschland an den Westen, sondern auch die Verknüpfung westlicher Politik mit dem zentralen Auftrag unserer Verfassung: der Wiedervereinigung Deutschlands. Dies wird, wenn heute auch schon von Zitat die Rede war, eben durch einige Zitate Adenauers, wie sie auch in einer der von uns vergebenen Expertisen aufgeführt sind, wie ich meine, eindrucksvoll belegt. Ich möchte mir deshalb erlauben, ein solches Zitat aus den „Erinnerungen“ Adenauers vorzulesen. „Es gab Stimmern, die den von mir gezeichneten Weg“, gemeint ist die Politik nach Abschluß des Deutschland- und EVG-Vertrages, „nicht als den Weg zur deutschen Einheit bezeichneten. Aber es kam darauf an zu erkennen, daß es zunächst für uns keinen anderen Weg gab. Die Sowjets würden früher oder später einsehen, daß sie sich mit dem Westen verständigen müßten, daß sie ihn nicht niederzwingen könnten. In einer solchen friedlichen Verständigung lag meine Hoffnung und sah ich unsere Chance. Sie würde allerdings für uns nur dann gegeben sein, wenn wir uns im Zeitpunkt einer solchen allgemeinen Einigung zwischen West und Ost bereits als zuverlässiger Partner des Westens erwiesen. Nur dann würde der Westen bei einer Verständigung unsere Interessen zu seinen eigenen machen.“

Ich meine, Herr Faulenbach, wenn man Herrn Bahr, wie Sie das nachher getan haben, die Zeitschiene für seinen deutschlandpolitischen Ansatz zubilligt, dann können Sie nicht zwanzig Minuten vorher sagen, im Hinblick auf Adenauers Deutschlandpolitik muß man sich fragen, ob nicht seine Politik für die Dauer der Teilung verantwortlich war. Wenn Sie bei Bahr eine Zeitschiene für den deutschlandpolitischen Ansatz zubilligen, muß man auch Adenauer zubilligen, daß seine Deutschlandpolitik nicht kurz- und mittelfristig, sondern langfristig angelegt war. Herr Prof. Möller hat ferner deutlich gemacht, wie Adenauer dieses Offenhalten der Deutschen Frage im Deutschlandvertrag gelungen ist, wo er die Westmächte auf die Wiedervereinigung Deutschlands, auf eine freie Option für dieses wiedervereinigte Deutschland festlegte und, Herr Foschepoth – auch bei aller Skepsis, die Adenauer damals gehabt hat, ob es in der Oder-Neiße-Frage für eine gesamtdeutsche Regierung noch Spielraum geben würde –, auch auf ein Offenhalten der Grenzfrage mit dem Friedensvertragsvorbehalt. Gewiß, Adenauer war beim Abschluß des Deutschlandvertrages sehr skeptisch, so schreibt auch Grewe in seinen Erinnerungen, ob noch einmal operative Möglichkeiten für Veränderungen in der Oder-Neiße-Frage gegeben seien. Aber er war überzeugt, daß ein enger Zusammenhang zwischen der grundsätzlichen Option in der offenen deutschen Frage und dem Friedensvertragsvorbehalt und damit auch der Grenzfrage aus statusrechtlichen und aus völkerrechtlichen Gründen bestand; dieser Politik sind ja dann auch die Nachfolgeregierungen und ebenso die große Koalition gefolgt. Zwar hat es in der Oder-Neiße-Frage eine Rhetorik gegeben, die immer gesagt hat, hier sei politisch nichts mehr drin. Aber lesen sie sich die Antworten auch der Bundesregierungen der sozialliberalen Koalition auf Anfragen im Bundestag zu statusrechtlichen und völkerrechtlichen Fragen durch. Auch die Regierungen Brandt/Scheel und Schmidt/Genscher haben unverrückbar an diesem Status und an den völkerrechtlichen Grundlagen der Deutschlandpolitik, auch in der Grenzfrage bis zu einem Friedensvertragsvorbehalt, festgehalten. Das Normenkontrollverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht zum Grundlagenvertrag ebenso wie die Verfassungsbeschwerden zum Warschauer Vertrag haben deutlich gemacht, daß die völkerrechtliche Grundlage der Deutschlandfrage, weil Adenauer sie festgezurrte und die Westmächte im Deutschlandvertrag darauf verpflichtet hat, auch für die Nachfolgeregierungen nicht zur Disposition stand.

Ein Letztes: Ich glaube, es tut uns nicht gut, wenn wir jetzt versuchen, aus bestimmten, bei seriöser wissenschaftlicher Betrachtung eigentlich abgeschlossenen Vorgängen wie der Stalin-Note – ich verweise auf die von Herrn Wettig vorgelegten Forschungsergebnisse – auf eine sehr oberflächliche Art und Weise durch die Wiederbelebung alter Legenden wieder Wahlkampfmunition zu ziehen. Das, muß ich sagen, habe ich bei einem Vortrag, den wir heute gehört haben, sehr bedauert.

Abg. Meckel (SPD): Ich denke, das ist bei den Vorträgen ja schon deutlich geworden, daß wir nicht eine Geschichtsbetrachtung machen wie in einem historischen Seminar an der Universität, wo relativ leidenschaftslos überlegt wird, wie verschiedene Positionen abzuwägen sind, sondern hier kommt es zu Reaktionen auf Aussagen, wie deutlich zu spüren und zu sehen war. Das hat natürlich damit zu tun, das haben wir in den Vorbereitungen der Kommission schon gemerkt, daß es offensichtlich ein aktuelles öffentliches Interesse gibt, Adenauer als Vater hochzuhalten. Es gab ja eine Äußerung von Frau Dr. Wilms vor der Sommerpause unter dem Tenor: Es ist gar keine Frage, daß die CDU die Partei der deutschen Einheit ist. Das soll natürlich auch hier heute nachgewiesen werden. Daß da manche Zweifel an dieser, wie uns manchmal scheint, eher ideologischen als historischen These auftauchen, ist hier sehr deutlich. Ich möchte dies an einigen Punkten deutlich machen.

Die Frage, um die es hier strittig geht, ist ja die, wie Ende der 40er und dann in den 50er Jahren zu sichern war, daß im Westen Deutschlands Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erhalten werden konnten. Daß dies allen verschiedenen Kontrahenten der 40er und 50er Jahre eine zentrale Voraussetzung war, ist, wenn ich es recht gehört habe, von allen Referenten gleichermaßen anerkannt und betont worden, nämlich daß der Westen Deutschlands zur westlichen Wertegemeinschaft gehöre und Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu wahren seien. Die Frage, wie das gewährleistet werden kann, wurde dann unterschiedlich beantwortet. Die einen sagten, dies kann nur durch eine sicherheitspolitische und institutionelle Einordnung, durch die Westintegration auf allen Ebenen geschehen. Und andere sagten, und das war eher die Position Heinemanns und anderer, dies geht auch, indem man die Leute im Osten Deutschlands in diese These mit einbezieht, aber die Westintegration in bezug auf die sicherheitspolitische Frage als sekundär betrachtet. In bezug auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in ganz Deutschland sollte eine operative Wiedervereinigungspolitik betrieben werden, in bezug auf die Westintegrationspolitik sollte eine langfristige Perspektive gelten. Dazu gibt es unterschiedliche Äußerungen, je nachdem, ob öffentlich vor dem deutschen Volk oder nicht öffentlich vor anderen Personen, wie hier heute dargestellt. Aber ich glaube, das ist dann die zentrale Frage, um die es geht. Und dies kann man, in meinen Augen, relativ leidenschaftslos diskutieren, wenn man nicht diese ideologische These an den Anfang stellt: CDU als Partei der Einheit all diese 40 Jahre.

In diesem Punkt, und da möchte ich jetzt als Ostdeutscher reden, der damals Kind war und in dieser Zeit auch erst geboren worden ist, aber natürlich auch durch Kontakt mit älteren Menschen und aus dem, was man liest, weiß, daß jedenfalls die DDR-Bevölkerung sich in dieser Zeit durch die westliche Politik alleingelassen fühlte. Dies ist in besonderer Weise natürlich nach dem 17. Juni 1953 der Fall, aber gilt nicht nur für diese Zeit. Es war das Gefühl des

Alleingelassenwerdens, d.h. in den Klauen der Russen, daß man die westliche Demokratie nicht erhält. Dies war die klare Perspektive vieler Ostdeutscher, und es gibt ja auch heute Analysen des Adenauer-Hauses dazu, die erschreckt feststellen, daß das Bild Adenauers im Osten offensichtlich nicht so sehr strahlt, wie man es sich wünscht und wie es im Westen der Fall ist. Das hat natürlich mit der Tradition dieser Erfahrungen zu tun, die es im Osten dazu gibt. Das, denke ich, ist einfach deutlich ins Bewußtsein zu heben. Was hier übereinstimmend von den Referenten berichtet wurde, von einer Haltung Adenauers zu den Ostdeutschen, wenn sogar – das kann flapsig sein, das kann ein Witz sein, der, obwohl er nicht stimmt, gut trifft – sozusagen von der asiatischen Großmutter im Harz gesprochen wird, das ist ein Grundgefühl, das im Osten Deutschlands durchaus gespürt und wahrgenommen worden ist und dieses Gefühl des Alleingelassen-, ja vielleicht sogar Verratenseins, im Osten Deutschlands verstärkte. In dieser Weise, und da kann man ja Parallelitäten ziehen des sozusagen so stark Westdeutschseins, daß der eigene Lebenshorizont eher der Westen ist, als daß die Deutschen im Osten in die eigene Identität hineingehören, würde ich das jetzt, ohne Vorwurf, beschreiben wollen. Für Adenauer gibt es ja geistige Linien, die hochinteressant sind und bei denen man sogar sagen kann, daß Oskar Lafontaine in klassischer Weise Adenauers Enkel ist und in dieser Frage eben nicht der Willy Brandts. Vielen Dank.

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Jetzt spricht zu uns der Kollege Hansen.

Abg. Hansen (F.D.P.): Ich wollte eigentlich ein paar kurze Fragen stellen und nicht Grundsatzstatements abgeben, die selber eigentlich eher mit Selbstkritik gefüttert sein sollten, als daß sie sich immer nur moralisch erheben. Und deshalb ist auch meine erste Frage an Herrn Faulenbach, das Stichwort und das Zitat: Moral.

Sie haben gesagt, Herr Heinemann, die Gesamtdeutsche Volkspartei hielt die Politik der Stärke nicht nur in der Sache und in der politischen Realität, sondern auch moralisch für bedenklich. Wenn das so ist, dann ist die Frage, und das schließt im Grunde an das an, was Herr Meckel eben gesagt hat, ob das nicht überhaupt das Problem auch bei Vergangenheitsbewältigung – jetzt will ich diesen falschen Begriff einfach mal *cum grano salis* verwenden – ist, wenn man bei solchen Debatten, beispielsweise zur Adenauerschen Deutschlandpolitik oder zur Deutschlandpolitik der 50er Jahre, eben auch jetzt im nachhinein gewissermaßen mit moralischen statt mit historischen Kategorien herangeht. Ob man da nicht sehr aus dem Historischen heraus auch ins Spekulative kommt, frage ich einfach Sie, Herr Faulenbach, weil ich denke, daß auch der Historiker sich diesen Selbstzweifeln stellen sollte.

Sie haben davon gesprochen, die Politik der Stärke sei ein eher vages Konzept gewesen. Wenn Sie vielleicht doch noch einmal den Versuch machen zu

erklären, inwiefern das plötzlich vage gewesen sei, wenn Sie umgedreht, zwei Sätze zuvor, davon gesprochen haben, der Abschluß des Deutschlandvertrages sei im Grunde der Abschluß einer operativen Phase gewesen, der dann in der Defensive geendet habe. Also wieso ist das eine vage Politik, wenn sie zugleich operativ gewesen ist und damit auch eine Perspektive, auf die Herr Koschyk eben abgehoben hat, unabhängig von der Zeitdauer und der Spekulation, wie lange etwas dauern könnte, außer der damals ja schon geäußerten Vermutung, daß es ein langer Prozeß sein würde? Und deswegen ist es auch richtig zu sagen, egal welche Deutschlandpolitik von welcher Seite aus betrieben worden ist, mit welchen operativen Einzelvorschlägen auch immer, alle haben sich darauf eingestellt, in den 50er, 60er wie auch dann in den 70er Jahren, daß es prozeßhaft sein werde. Sie haben ja Egon Bahr mit dem Gedanken zitiert, daß es nicht das einzige historische Datum gebe, an dem etwas gewissermaßen vollzogen werde, sondern es sei eher prozeßhaft – obwohl man natürlich auch Prozesse an bestimmten Daten festmachen kann; man braucht dann ja nur ins Jahr 1989 bzw. 1990 zu schauen, wo ja ganz bestimmte Daten die entscheidenden Ausgänge dafür waren, etwas Neues zu gestalten. Also warum eigentlich „Defensive“, wenn man nicht auch umgedreht sagen könnte, damit sei eigentlich der Ausgangspunkt, endlich ein Tor dafür geöffnet, Neues überhaupt zu probieren, mit welchen Erfolgsaussichten auch immer?

Dritte Frage an Sie Herr Faulenbach: Sie haben Schumacher angesprochen und dann betont, er habe sich für die militärische, nicht die politische Neutralisierung ausgesprochen. Nun muß ich Sie wirklich fragen: Kann man diesen Unterschied so machen? Kann man so begrifflich trennen und sagen: Es hätte eine Chance auf militärische, aber nicht politische Neutralisierung gegeben? Ist das nicht nur eine, überspitzt formuliert, rabulistische Differenzierung für die politische Wirklichkeit, die politische Wirklichkeit des Kalten Krieges im Jahr 1952, Korea war ja allen präsent?

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Danke Herr Hansen, Herr Keller.

Abg. Dr. Keller (PDS/LL): Frau Vorsitzende, ich habe in den letzten Monaten sehr viel gelesen und sehr viel Kluges gehört und bin mir bewußt, ich habe zu diesen Gebieten nicht geforscht und bin deshalb sehr vorsichtig in der Bewertung von Meinungen und Standpunkten. Aber, gestatten Sie mir bitte, ich habe mich manchmal an die DDR-Historiographie erinnert gefühlt, deren Elend in der Politisierung und im ideologischen Mißbrauch und im Zitaten-Fetischismus bestand. Ich sage das deshalb, weil ich nicht glaube, daß man mit einem Zitat etwas belegen kann. Ich glaube es einfach nicht. Weil keiner weiß, in welchem Zusammenhang ist was entstanden, welche anderen politischen, diplomatischen Motivationen waren dahinter, die nicht ausgesprochen worden sind. Warum ist was in welchem Zusammenhang gesagt worden? Wenn ich mir überlege, daß die Historiker in 30 Jahren mit manchem

umgehen, was wir heute im Bundestag sagen, und die das alles so ernstnehmen, dann habe ich etwas Angst, daß sie Schwierigkeiten haben werden, unsere Geschichte richtig zu verstehen und zu interpretieren. Ich sage das einfach, weil ich in dieser Frage zunehmend Bedenken habe, wie wir uns sozusagen Schritt für Schritt wirklich einer möglichen Wahrheit nähern können.

Aber ich habe eine Frage an Herrn Möller. Sie haben frei und nicht im Text den Satz gesagt, daß für Sie das Jahr 1947/48 ein Epochenjahr gewesen ist. Das würde mich doch etwas näher interessieren, wie Sie das verstehen, warum Sie das so sagen. Denn meines Erachtens ist ja mit der Einigung der Alliierten über die Grenzziehung der Besatzungszonen für einen langen Zeitraum bestimmt gewesen, wie sich die Politik der beiden großen Mächte in Deutschland bricht. Und der Handlungsspielraum sowohl in Ost als auch in West und die Auswahl der Politiker sind ja sehr stark von diesen politischen Entscheidungen, die 1944/45 gefallen sind, geprägt worden. Warum sagen Sie trotzdem, 1947/48 sei für Sie ein Epochenjahr?

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Herr Poppe.

Abg. Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Ich knüpfe an das an, was auch von Herrn Koschyk gesagt wurde, nämlich daß die Westdeutschen gewissermaßen ausersehen gewesen seien, stellvertretend für die Ostdeutschen zu handeln.

(Zwischenruf)

Es kam doch so raus. Es war ja nicht nur Adenauer, sondern die Westdeutschen schlechthin haben ja irgendeine Art von Stellvertreterrolle zu spielen gehabt, jedenfalls war so Ihr Statement. Ich meine, daß eine solche Haltung ein bißchen fragwürdig ist, wenn sie dann zur Folge gehabt hat, daß die Ostdeutschen daraufhin 40 Jahre lang im Regen stehen. Ich möchte darauf hinweisen, daß es in all diesen Zeiten, nicht nur in den 80er Jahren, Ostdeutsche gegeben hat, die sich nicht haben einfach vertreten lassen, und zwar nicht nur solche, die auf der Ebene von Stalin-Anhängern oder der SED-Führung waren, sondern eben auch in ganz anderen Bereichen. Ich meine, daß die unbedingt in den Blick kommen müssen, wenn es darum geht, die Deutschland- und Ostpolitik der verschiedenen Parteien und Regierungen zu bewerten. Solange das nicht geschieht, sondern immer nur gefragt wird, ob die Adenauerpolitik oder die SPD-Entspannungspolitik samt deren Nachfolge mehr für die deutsche Einheit des Jahres 1990 geleistet hat, ohne dabei gleichzeitig diejenigen Menschen, die von dieser Politik jeweils betroffen waren, zum Gegenstand der Betrachtung zu machen, halte ich das für fragwürdig. Leider ist es ja auch so, daß die betroffenen Ostdeutschen kaum jemals Gegenstand näherer Betrachtung dieser Politik gewesen sind, jedenfalls nicht im Sinne von Akteuren oder beispielsweise der Oppositionellen, sondern es war eben immer diese andere Ebene. Solange man das nicht kritisch hinterfragt, bleibt da zum Schluß für mich so ein Zwischending zwischen einer halbakademischen und halbparteilpolitischen Argumentationsweise, die

letzten Endes uns zu Objekten degradiert und an dem, was in Ostdeutschland im einzelnen geschehen ist, zum Teil vorbeigeht.

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Herr Koschyk, Sie haben gebeten, einen Satz als Zwischenruf zu machen. Ich werde Subjekt, Prädikat und Objekt zählen.

Abg. Koschyk (CDU/CSU): Herr Poppe, Sie haben mich mißverstanden. Ich möchte ausdrücklich hervorheben, daß der Wille in Westdeutschland, am Ziel der Einheit Deutschlands festzuhalten, von den Hunderttausenden, ja Millionen von Deutschen, die aus der ehemaligen DDR in den 40 Jahren in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sind, entscheidend mit wachgehalten wurde, und darin liegt auch mit das historische Verdienst, neben dem der Bürger in der ehemaligen DDR, die sich durch oppositionelles und widerständiges Verhalten ausgezeichnet haben, daß das gesamtdeutsche Bewußtsein gerade durch diese Menschen, die dann hier in die Bundesrepublik gekommen sind, entscheidend wachgehalten wurde.

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Es war ein Satz, der hätte von Heinrich von Kleist sein können. In der Reihenfolge der Wortmeldungen, jetzt Frau Dr. Wilms.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Ich fände es sehr gut, wenn von dem heutigen Tag und überhaupt von den Anhörungen zur Deutschlandpolitik, die wir in diesen Wochen haben, viele Anregungen für die politische Bildungsarbeit in den neuen Bundesländern ausgingen, für die alten auch, da gebe ich Ihnen völlig recht, aber auch eben für die neuen Bundesländer, und zwar insbesondere über die Politik und die Person Konrad Adenauers, ebenso wie über die Kurt Schumachers, füge ich sofort hinzu. Denn, Herr Meckel, da bestehen bei vielen Menschen in den neuen Bundesländern sehr merkwürdige Vorstellungen nicht zuletzt auch deshalb, weil man sie eben im sozialistischen und im SED-Geiste in einer Weise belehrt hat, die mit den Tatsachen nicht übereinstimmt. Ich stütze mich hier auf Gespräche, die ich gerade vorgestern mit Lehrern aus den neuen Bundesländern hatte, die mir das an konkreten Beispielen noch einmal dargelegt haben.

Zweite Bemerkung: Ich möchte hier noch einmal sagen, und da widerspreche ich sicher Herrn Foschepoth, daß Adenauer die Wiedervereinigung nicht als unmittelbare und nicht als automatische Folge der Westintegration verstanden hat. Die Westpolitik war für Adenauer Wiedervereinigungspolitik. Man kann hier nicht eine Diskrepanz einfügen. Man kann hier auch keine Priorität zwischen beiden setzen. Und dies ist, verehrter Herr Kollege Keller, nicht nur durch ein einziges Zitat zu belegen, sondern das hat die wissenschaftliche Forschung inzwischen bändeweise belegt. Deshalb erlaube ich mir doch ein Zitat so nebenbei, Sie könnten dem viele viele andere hinzufügen. Ich zitiere jetzt aus einer längeren Stelle der „Erinnerungen“ von Adenauer zwei Sätze: „Nur mit Wünschen allein läßt sich keine Politik machen und aus der

Schwäche heraus erst recht nicht. Erst wenn der Westen stark war, konnte sich ein wirklicher Ausgangspunkt für Friedensverhandlungen ergeben mit dem Ziel, nicht nur die Sowjetzone, sondern das ganze versklavte Europa östlich des Eisernen Vorhangs zu befreien und zwar in Frieden zu befreien. Der Weg in die Europäische Gemeinschaft erschien mir der beste Dienst, den wir den Deutschen in der Sowjetzone erweisen konnten.“ Ich verwahre mich gegen die Auffassung, die hier in polemischer Weise geäußert worden ist, daß damals in der Politik – und das war nicht nur Adenauer, das waren auch andere Politiker, deren Namen hier eben auch gefallen sind – nur an die Westdeutschen gedacht worden wäre. Dies ist historisch nicht zu belegen. Es stimmt nicht.

Herr Faulenbach, Sie haben kritisch angemerkt, Adenauer habe kein Konzept zur Wiedervereinigung gehabt. Aber Sie wissen, Adenauer hatte ein Gesamtdeutsches Ministerium, einer der Minister sitzt ja hier. Und wissen Sie, wer den Forschungsbeirat für gesamtdeutsche Fragen dort abgeschafft hat? Die sozialliberale Koalition unter Minister Egon Franke, SPD, im Jahre 1975! Dies ist auch eine historische Tatsache, über die wir ja noch in der nächsten Woche ausführlich sprechen werden.

Die Strategie Adenauers war „Einheit in Freiheit“. Wenn aber die „Einheit in Freiheit“ nicht zu erreichen war – und ich glaube, das hat Herr Wettig eben durch die Akteninterpretation noch einmal sehr gut dargelegt –, wenn nicht die „Einheit in Freiheit“ zu erreichen war, dann, hat er gesagt – und jetzt komme ich wieder auf die Menschen in den neuen Bundesländern, damalige DDR, zu sprechen – wollen wir ihnen wenigstens die Freiheit verschaffen. Und so kam es zu den Überlegungen, von denen Herr Möller gesprochen hat, die sogenannte „Österreich-Lösung“ 1958, die er übrigens bei Botschafter Smirnow zweimal vorgetragen hat, ohne eine Antwort zu bekommen, weil es nicht passte. Diese „Österreich-Lösung“ sah vor, daß Wahlen stattfinden sollten, freie Wahlen, daß Erleichterungen und Menschenrechte verschafft werden sollten. Die DDR sollte vorübergehend einen neutralen Status oder einen ähnlich akzeptierten Status bekommen. Es gibt die Globke-Pläne, es gibt den sogenannten „Burgfriedensvorschlag“, der übrigens auch gegenüber Smirnow geäußert worden ist, auch mit dem Ziel Freiheit für die Menschen in der damaligen DDR. Auch dieser Vorschlag gegenüber Smirnow ist ohne Antwort geblieben. Man kann also nicht sagen – und dies ist keine Ideologie, Herr Keller, und es hat auch nichts mit der SED-Ideologie und Parallelen zur SED-Ideologie zu tun, sondern ist nachweisbar –, daß Konrad Adenauer die Menschen in der ehemaligen DDR beschrieben hat. Daß er als Rheinländer vielleicht keine besonderen persönlichen Sympathien für Mittel- und Ostdeutschland hatte, ist eine Frage, die ich als Kölnerin sicher auch mit Gelassenheit betrachten kann. Es hat aber mit der Politik nichts zu tun.

Herr Faulenbach, Sie haben darauf verwiesen, daß Egon Bahr 1963 die „Politik

der kleinen Schritte“ sozusagen von sich aus eingeleitet habe. Ich darf darauf aufmerksam machen, daß die damalige amerikanische Administration gerade in Berlin nach dem Bau der Mauer auf eine „Politik der kleinen Schritte“, der Auflockerung gedrängt hat. So originell war Bahr damals nicht.

Für einen Historiker und auch für einen Politiker ist es sicher reizvoll darüber nachzudenken, was wäre wenn, wenn sich die Ideen von Heinemann durchgesetzt hätten. Sehr reizvoll, nur ist das dann Spekulation, das ist nicht mehr unbedingt Wissenschaft. Man könnte ja in der Geschichte immer fragen: Was wäre gewesen? Was hätten wir vielleicht für tolle Zeiten gehabt, wenn der Hitler nicht gekommen wäre? Also ich glaube, das führt nicht weiter. Ich möchte hier nur einem Begriff widersprechen, der auch gefallen ist. Die antikommunistische Haltung der Bevölkerung in Deutschland, in Westdeutschland, aber ich denke auch in der SBZ/DDR, war keine Hysterie und keine Ideologie, sondern sie war gespeist aus den Erfahrungen, die die Menschen am Ende des Krieges erlebt hatten. Die ganze Stalinsche Politik nach Kriegsende, Korea, Berliner Blockade, CSSR 1948, das alles war ja in bester Erinnerung, und wir als Westdeutsche – ich bin insoweit Zeitzeugin – haben ja erlebt, wie Hunderttausende aus der damaligen DDR kamen. Sie kamen voller Entsetzen, voller Abscheu. Das war keine Illusion, das waren doch nicht alles Spinner, die herübergekommen sind, sondern sie wollten raus aus dem System der Unfreiheit. Insoweit verwahre ich mich dagegen, daß die ganze Zeit in den 50er Jahren eine Hysterie gewesen sei und daß es eine Erfindung von Adenauer gewesen sei, daß die Menschen antikommunistisch wurden. Nein, das waren die Erfahrungen einer ganzen Generation, und das muß hier noch einmal sehr deutlich gesagt werden.

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Das Wort hat unser Kollege Professor Soell.

Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Ich meine, wenn man sich dem Thema nähert und ich habe mich ja jahrzehntelang damit beschäftigt, dann darf man weder an die Hegelei glauben – nur das Wirkliche ist das Vernünftige –, also das, was an realer Politik stattgefunden hat, ist eben auch das, was letztlich als vernünftig und ausweglos, gewissermaßen alternativlos darzustellen ist. Man darf auch nicht in das Gegenteil verfallen, daß das, was dann tatsächlich passiert sei, sehr dogmatisch verfolgt worden sei und daß Alternativen allemal besser gewesen seien.

Schumacher ist von Ihnen, Herr Möller, dargestellt worden weitgehend so, wie ich ihn auch verstehe. Man muß allerdings sehen, daß er natürlich, ähnlich wie Adenauer, immer wieder auch Varianten je nach dem politischen Kontext gesucht hat. Das gilt sowohl für dieses Europa zwischen den Blöcken, da war er eigentlich eher skeptisch geworden, spätestens seit der Berliner-Blockade. Er hatte natürlich eine gewisse Skepsis gegenüber den innergesellschaftlichen Verhältnissen in den USA, aber er hat die

USA immer als wichtigen Faktor angesehen, insbesondere weil sie kein Machtkonkurrent für ein wiedervereinigtes Deutschland gewesen wären. Er hat sogar immer gesagt, die USA müssen dabei sein, sie müssen sogar ein Garant sein, selbst wenn wir uns mit einer Neutralisierung abfinden müßten – er war kein Anhänger einer Neutralisierung, er sagte nur, es kann so sein, daß wir uns damit abfinden müßten –, dann müssen die Welt-Demokratien entsprechende Garantien abgeben, und dazu zählten ja nun allemal gerade die angloamerikanischen Demokratien, also Großbritannien und die USA. Das Gleiche gilt auch für seine Phase, wo er, ich will nicht sagen eine Politik der militärischen Stärke befürwortet hat, aber jedenfalls den Deutschen nach Beginn des Korea-Krieges das Schicksal Koreas ersparen wollte, indem er sagte, wenn eine entscheidende Schlacht im Falle eines östlichen Angriffs geschlagen werden müßte, müßte sie jenseits der Weichsel geschlagen werden, nicht auf deutschem Territorium, – damit es diesem nicht so ergehe wie Korea, das zunächst einmal von Nord nach Süd erobert worden ist und dann wieder im roll-back bis weit in den Norden vom Krieg überzogen wurde. Das hörte aber dann im Herbst 1951 wieder auf, nachdem die Gefahr eines unmittelbaren östlichen Angriffs vorbei war, und er hat dann wieder die Verhandlungsvariante bevorzugt. Das gleiche gilt auch für das ganze Thema europäische Integration. Schumacher war der erste, nicht Jean Monnet, der im Bundestag im März 1950 einen deutsch-französischen Freundschafts- und Wirtschaftsvertrag vorgeschlagen hat, um auch das Saar-Problem zu lösen. Zwei Monate später ist dann Jean Monnet mit dem Vorschlag gekommen, d.h. er hat ihn Robert Schuman vorgelegt, der dann als französischer Außenminister dies gemacht hat. Die Politik der Stärke insgesamt war mehr, was Schumacher angeht, eine Politik der inneren Stärkung, der sozialen und wirtschaftlichen Stärkung der Bundesrepublik und hatte eine unmittelbare Verknüpfung mit dieser Magnetthese.

Schließlich noch etwas zu den Debatten um die Noten 1952. Sie haben sich hier geäußert, daß dies mehr eine politische als eine aus wissenschaftlichen Gründen geführte Debatte ist. Ich meine, es gilt beides. Auch nach dem, was Herr Wettig dazu gefunden hat, bleiben Fragen. Die Archive des sowjetischen Außenministers oder des Außenministeriums sind sicherlich wichtig. Aber ob sie für die innere Meinungsbildung der Führungsgruppe, zu der jedenfalls Gromyko nicht gehörte, immer ausschlaggebend sind, da habe ich erhebliche Zweifel.

Damit bin ich bei Herrn Wettig. Sicherlich ist Ihr Argument, daß vor allen Dingen auf innere Bewegungen in der Bundesrepublik gezielt wurde, berechtigt. Nur weiß ich nicht, ob das so eine totale Fehlwahrnehmung war. Die SED hat dieses der sowjetischen Seite zu suggerieren versucht. Auf der anderen Seite, muß man wissen – und da zitiere ich noch einmal Schumacher, er hat gesagt: „Wie lange wollen die Sowjets sich eigentlich noch von den

deutschen Kommunisten hinters Licht führen lassen?“ –, sind sie doch seit 1918 permanent über die Chancen einer kommunistischen Revolution in Deutschland belogen worden. So, wie die SED-Leute behandelt worden sind, auch im Zusammenhang mit den Noten übrigens, habe ich nicht den Eindruck, daß Stalin und die sowjetische Führung insgesamt der SED über die Chancen einer großen inneren, dem Kommunismus zugeneigten Bewegung in der Bundesrepublik geglaubt haben. Man muß noch andere Argumente einführen, um die Ursachen für diese Strategie zu begründen. Nämlich einmal die Tatsache, daß die EVG verhandelt wurde, und hinter der EVG standen allemal die USA, und die Kombination von deutschen Soldaten und amerikanischem Potential war in der Tat eine brisante Kombination. Klar war, selbst wenn die EVG nicht kommen würde, schon damals wurde das diskutiert, dann würden die Deutschen in die NATO aufgenommen, und das war natürlich dann eine noch brisantere Mischung. Das war das eine Argument. Dann kam sozusagen das ideologische, nämlich daß man so Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre auf Spaltung innerhalb des kapitalistischen Lagers setzte und sagte: Die unterlegenen Nationen Japan und Deutschland sind nicht für alle Zeiten unterlegen; sie werden im Sinne des alten Revisionismus der Zwischenkriegszeit ihre Position wieder zu erringen versuchen, darauf müssen wir setzen, und da müssen wir den „Spaltpilz“ weiter reintragen.

Letzte Bemerkung: Herr Koschyk, Sie haben methodisch zurecht das Problem der Zeitschiene angesprochen. Sie haben gesagt, die Bahrsche Zeitschiene war eher noch länger oder mindestens genauso lang wie die Adenauersche. Aber es gibt eben die gewisse Zäsur, die Illusionen beseitigte, die offensichtlich in Teilen der bundesrepublikanischen Politik bestanden. 1961 ist diese Zäsur erfolgt, und daraus kommen ganz bestimmte andere Wahrnehmungsweisen und vor allen Dingen praktische Schritte. Da ist es wichtig, daß man dann Vorschlägen folgt, die von westlicher Seite gekommen sind.

Frau Wilms, Sie haben zurecht den Brief Kennedys an Brandt im August 1961 erwähnt, wo er gesagt hat, ein reines Festhalten am rechtlichen Status quo hilft nicht weiter. Die Deutschen müssen selber überlegen, wie sie unter der Schwelle sozusagen der Gesamtverantwortung der Alliierten selber tätig werden. Und das ist das, was nachher zur Politik der kleinen Schritte geführt hat. Entscheidend ist, daß man etwas tut. Die Argumente in die Richtung sind schon vor 1961 auf westlicher Seite diskutiert worden, daß man an der Legaldefinition allein Politik nicht festmachen kann.

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen vorschlagen, daß wir noch die nächsten drei Wortmeldungen hören, das sind und ich finde gut, daß das so zusammenkommt, Herr Prof. Jacobsen, Herr Dr. Mitter und unser Zuhörer Herr Dr. Mende.

Dann möchte ich gerne eine Runde machen bei den Sachverständigen, deren

Mitteilungsstau ich förmlich spüre. Einverstanden? Gut, dann darf ich jetzt Herrn Prof. Jacobsen das Wort geben.

Sv. Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen: Ich habe an jeden Sachverständigen eine Frage. Herr Möller, ich glaube, Sie werden mir zustimmen, entscheidend für die Gesamtbeurteilung der Deutschlandpolitik zu dieser Zeit war die Vorgeschichte, die natürlich, Sie haben das mit einem Nebensatz angedeutet, nicht erst 1945 beginnt, sondern gesehen werden muß vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik. Mit anderen Worten, die ganze Frage, die auch von Ihnen angeschnitten worden ist, sowohl was die Westmächte angeht, als auch natürlich im besonderen die Sowjetunion, kann nur vor dem Hintergrund dieser Interessengegensätze und der historischen Determinanten gesehen und hinreichend bewertet werden. Ich wäre dankbar, wenn wir die Daten noch ein wenig näher betrachten würden, zumal Frau Wilms einen sehr interessanten Aspekt erwähnt hat. Ich würde dem zum Problem des Feindbildes weitgehend zustimmen, aber ich würde einen Schritt weitergehen. Natürlich war der Antikommunismus nicht alleine gespeist von der Entwicklung von 1945, sondern man konnte ja fast nahtlos anknüpfen an das, was Ungeister schon vorher einmal im Hinblick auf Bolschewismus und Vernichtung proklamiert hatten. Aber das ist sehr differenziert zu sehen, zumal dabei auch die Amerikaner zu berücksichtigen sind, zudem die Vertriebenen, die Gefangenen usw. Ich wäre dankbar, wenn Sie das noch ein wenig erläutern könnten.

Zweitens, Herr Foschepoth, ich habe sehr viel Verständnis für das Bemühen, aus unveröffentlichten Quellen Verhaltensweisen zu dokumentieren. Herr Keller hat mit Recht darauf hingewiesen, daß man sich dabei natürlich nicht nur auf ein Dokument beschränken kann, sondern da muß man schon umfassender aus dem Kontext, aus der unterschiedlichen Interessenlage heraus definiert werden. Wenn ich mir das von Ihnen vorgelegte Dokument ansehe und Sie sich mit mir auseinandersetzen – ich könnte mir vorstellen, mein Kollege Fischer würde wahrscheinlich gar nicht anders argumentieren –, so kann ich nicht das herauslesen, was Sie herausgelesen haben. Einfach deshalb, weil man eigentlich auch wieder den historischen Kontext betrachten muß. Wenn Adenauer sagt, daß er kein Vertrauen in das deutsche Volk hat, verstehe ich das sehr gut. Das sind zehn Jahre nach dem Ende der NS-Diktatur. Wie haben sich die Deutschen damals verhalten? Was kann man unter diesen Umständen riskieren? Und dann sagt er mit Recht: Daher ist Westintegration zunächst wichtiger als die Einheit Deutschlands. Das ist für mich eine temporäre denkbare Interpretation. Aber das kann man doch nicht als Beweis dafür anführen, daß Adenauer keine Wiedervereinigung wollte, sondern er sagte, noch müssen die Deutschen reifen, noch müssen wir abwarten. Also ich glaube, daß Sie hier in Ihrer Interpretation zu weit gehen.

Drittens, Herr Faulenbach, ich habe eigentlich bei Ihnen und bei Herrn Möller

die FDP vermißt. Sie haben zwar mit einigen kleineren Schlenkern auf die FDP abgehoben. Nun werden wir ja noch das Glück haben, Herrn Dr. Mende später zu hören, aber mir scheint doch, daß hier ein interessanter Aspekt völlig unter den Tisch gefallen ist. Ich will jetzt auf die große Diskussion um Pfeleiderer nicht im einzelnen eingehen, das beginnt ja Anfang der 50er Jahre. Die große Entrüstung und Empörung in Deutschland war unter den damaligen Bedingungen verständlich. Aber was doch aus der ganzen politischen Interpretation und im Hinblick auf die Deutschlandfrage in den 50er Jahren in die Diskussion mit eingebracht worden ist, scheint mir ein ganz wesentlicher Punkt gewesen zu sein, den Sie nicht behandelt haben. Nämlich, und das unterschied ja einige Vertreter der FDP von der CDU oder von anderen Parteien, daß man sich klar machte: Die Einheit Deutschlands kann nicht gegen die Interessen der Sowjetunion angestrebt werden. Der Schlüssel liegt in Moskau. Das war die Position von Thomas Dehler, der natürlich auch andere Positionen vertrat, der nationalstaatlich ausgerichtet war, der das Reich sehr viel stärker in den Mittelpunkt stellte. Aber im Hinblick auf den Mitteleinsatz haben gerade Freie Demokraten sehr richtig eingesehen, daß man hierbei die Interessenlage Moskaus zugleich vor dem Hintergrund der historischen Erfahrungen berücksichtigen muß, will man zu einer Lösung kommen. Dehler hat das in einer sehr interessanten Besprechung vom 2. September 1963, hierzu sind gerade jetzt die Akten veröffentlicht worden, noch einmal Gromyko gegenüber verdeutlicht. Hier geht es um einen entscheidenden Ansatz der FDP, der für den weiteren Gang der Entwicklung bedeutsam blieb: Nicht gegen, sondern mit Moskau im Sinne eines echten Interessenausgleichs.

Letzte Frage. Herr Wettig, ich stimme mit Ihnen voll überein. Aber ich stelle in dem Zusammenhang noch eine sehr viel radikalere Frage. Natürlich wird man sich als Wissenschaftler immer wieder überlegen müssen, kann man mit „Wenn und Aber“ argumentieren, aber ich möchte es dennoch tun. Mir scheint, wenn wir uns hineinversetzen in die 50er und 60er Jahre bis 1961/62, zeigt sich doch eigentlich in der jetzigen Interpretation, auch so wie Sie meines Erachtens zurecht argumentiert haben, daß die deutsche Politik in diesen Jahren keinen Zeitpunkt verpasst hat, zu dem in Frieden und Freiheit die deutsche Einheit hätte erreicht werden können. Kein Mitteleinsatz war damals geeignet angesichts der absoluten Konfrontation, des Antagonismus, des Kalten Krieges und der Bedrohungsvorstellungen. Weder das Adenauersche Konzept mit Hilfe des Westens konnte hier einen Einbruch erzielen, wenn auch eine Voraussetzung geschaffen wurde durch die Westintegration, noch etwa Schumacher oder Herr Dehler. Alle bauten ja letzten Endes auf dieser Entwicklung auf. Ich meine also, wir sollten in diesem Zusammenhang nicht mehr so viel streiten. Ich glaube, Willy Brandt zunächst 1966 als Außenminister, dann 1969 als Kanzler und der damalige Außenminister Scheel, hätten, wären sie in den 50er Jahren an der Macht gewesen, damals

ihre spätere Politik gar nicht realisieren können. Dazu war die Zeit einfach noch nicht reif. Vielmehr waren in dem Augenblick, als sie 1969 die Macht übernehmen konnten, die internationalen Rahmenbedingungen so, daß man aufbauend auf Konrad Adenauer die Chance hatte, mit neuen Mitteln und Methoden, nämlich denen der Entspannung, dem Ziel der Einheit Deutschlands näherzukommen.

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Nach Herrn Prof. Jacobsen ist Herr Dr. Mitter dran.

Sv. Dr. Armin Mitter: Ich habe den Eindruck, daß die Diskussion und vor allen Dingen die Inhalte der Diskussion doch sehr stark von finalen Gesichtspunkten bestimmt werden, d.h. die Wiedervereinigung ist gekommen, und im Mittelpunkt steht nun, sehr zugespitzt formuliert: Wer war für die Wiedervereinigung, wer war gegen die Wiedervereinigung? Ich glaube eine solch verengte Betrachtungsweise hat doch auch zur Folge, daß bestimmte Probleme, gerade aus den 50er Jahren, und die sind ja nun heute Hauptgegenstand dieser Anhörung, doch ein bißchen aus dem Blick geraten. In erster Linie denke ich daran, daß in keinem der Referate überhaupt erwähnt wurde, welche Wirkung diese Deutschland-Statements der einzelnen politischen Richtungen auf die DDR-Bevölkerung hatten, wie sie wahrgenommen wurden, beispielsweise, ob diese Wahrnehmung der Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf bestimmte politische Konzeptionen überhaupt eine Rolle spielte bei der Konzipierung dieser Politik. Ich hebe da vor allen Dingen ab auf die Rolle der Ostbüros, die ja alle Parteien hatten und aktiv tätig waren. In den Pamphleten, die zu Tausenden monatlich über die DDR-Bevölkerung hereinbrachen, wurde immer wieder die Wiedervereinigung beschworen, und sie erzeugten, da bin ich ganz anderer Meinung als Herr Meckel, weniger Enttäuschung als vielmehr Hoffnung bei den Menschen. Diese Hoffnung ist doch, wenn man so will, sehr bitter enttäuscht worden. Von daher noch einmal die Frage: Welche Rolle hat die Stimmung der DDR-Bevölkerung bei den politischen Konzeptionen, insbesondere in den 50er Jahren und später dann auch, gespielt? Ich habe beispielsweise von einem Mitarbeiter erfahren, daß die Flüchtlingsberichte aus der DDR – und zurecht hat Frau Dr. Wilms darauf hingewiesen, daß das also sehr viele Leute waren, die auch sehr viel über die DDR, über die Verhältnisse in der DDR in der Bundesrepublik berichtet haben – im Innerdeutschen Ministerium irgendwann vernichtet worden sind. Es ist für mich die Frage, ob das nicht doch auch ein symbolischer Akt ist. Diese Materialien hätten für die Wahrnehmung der Situation in der DDR doch eigentlich eine große Rolle spielen müssen. Man fragt sich also ernsthaft, wieso beispielsweise nicht aus diesen Materialien zur DDR-Geschichte geforscht worden ist, vor allen Dingen natürlich in den 70er und 80er Jahren.

Dann noch zu dem Problem Stalin-Note und überhaupt Politik in der Bundesrepublik. Ich glaube, man muß einen engen Zusammenhang sehen

zwischen den politischen Aktivitäten Moskaus und der innenpolitischen Entwicklung in der DDR. Es ist nicht von ungefähr so, daß eben fast parallel zur Stalin-Note der forcierte Aufbau der Grundlagen des Sozialismus beschlossen wurde. Im Rahmen dieses forcierten Aufbaus des Sozialismus war es auch sehr günstig für die SED-Machthaber, daß beispielsweise die Diskussion um die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in Gang kam, man bezeichnete das ja in der SED-Propaganda als Generalkriegsvertrag, und das wurde gleichzeitig natürlich für innenpolitische Zwecke auch immer wieder instrumentalisiert. Man konnte in dieser Weise immer wieder auch darauf hinweisen, daß der Bonner Staat eben der Staat ist, der wieder aufrüstet, der sozusagen wieder dieses alte Monopolkapital... ich will diesen Jargon hier nicht immer wiederholen. Und man sollte eben nicht vergessen, daß die innenpolitischen Verhältnisse der Bundesrepublik in den 50er Jahren ganz andere waren als beispielsweise Anfang der 70er Jahre. Insofern ist meines Erachtens die Attraktivität, in die Bundesrepublik überzusiedeln, für die DDR-Bevölkerung oder für Teile der DDR-Bevölkerung zumindest in den 50er Jahren doch geringer. Ich glaube, daß das beispielsweise, und da komme ich zu Herrn Wettig, in den Kalkulationen Moskaus eine große Rolle gespielt hat. Ich glaube schon, daß die Innenpolitik in der Bundesrepublik, ich denke an das KPD-Verbot usw., was dann alles so in den 50er Jahren gelaufen ist, daß man darauf natürlich immer abgehoben hat und daß man immer da auch versucht hat, innenpolitisch in der Bundesrepublik irgendwie Fuß zu fassen mit gewissen Konzeptionen.

Zu der Stalin-Note. Ich glaube, Herr Soell, daß doch im wesentlichen diese Diskussion bis zu einem gewissen Grad als abgeschlossen betrachtet werden kann. Ich glaube schon, daß die Materialien, die zur Zeit auf dem Tisch liegen, die Herr Wettig verdienstvollerweise erschlossen hat, doch ein Bild abgeben, das meines Erachtens schlüssig ist. Und wenn von jetzt an niemand mehr grundlegende Funde in irgendwelchen Archiven macht, dann müßte man sich jetzt an einem gewissen Punkt doch zu einer Einschätzung verstehen. Da war vor allen Dingen für mich, weil ich auch sehr stark mit diesen Akten arbeite, dieser Hinweis von Herrn Möller wichtig. Ich glaube, man muß in der Tat auch diesen Sprachstil der SED wirklich immer wieder hinterfragen. Aus diesem Sprachstil wird meines Erachtens schon sehr sehr viel deutlich, wozu man überhaupt nicht die „letzten Wahrheiten“ in den Akten braucht.

Noch eine Bemerkung zu Ihnen Frau Wilms. Sie haben natürlich recht mit der antikommunistischen Einstellung der DDR-Bevölkerung, daß die natürlich auch in der Zeit nach 1945 wurzelt. Man sollte allerdings nicht vergessen, daß natürlich 12 Jahre Nationalsozialismus das Übrige getan haben und da bestimmte Dinge grundgelegt wurden, die meines Erachtens bis heute noch nicht so richtig überwunden sind. Dazu hat natürlich auch die

mangelnde Aufarbeitung des Antifaschismus in der DDR selber bzw. dessen Instrumentalisierung beigetragen.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Nur leider sind manche Dinge eben bestätigt worden, die in der NS-Zeit als Ideologie verkauft worden sind, leider bestätigt.

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Jetzt spricht ein früherer Minister, ein Zeitzeuge und Sachverständiger gleichzeitig. Bitte Herr Dr. Mende.

Dr. Erich Mende: Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen für die Möglichkeit, einige Bemerkungen zu den Referaten zu machen. Es würde mich als Alt-Parlamentarier natürlich reizen, auch die politische Debatte mit aufzunehmen, aber das ist nicht Sache eines Gastes; man sitzt diesmal nicht wie früher am Tisch – ich war 31 Jahre im Deutschen Bundestag –, sondern diesmal am Katzentisch.

Ich möchte Herrn Möller weitgehend zustimmen in bezug auf die Stalin-Note, die ich noch einmal aufgreife. Es sollte in der Tat dann ein Schlußstrich gezogen werden, denn mehr Wertungen kann es gar nicht mehr geben. Die Stalin-Note war ein propagandistisches Element, das war auch in der Zeitfrage erkennbar. Denn sie kam am 10. März, und im Mai stand die Unterzeichnung der Westverträge in Bonn und Paris auf der Tagesordnung. Insofern entlarvt schon der zeitliche Zusammenhang die Note als Störmanöver. Dazu kommt auch noch der Text, der in der Tat propagandistisch tiefe Wirkungen hatte. Selbst bei Kabinettskollegen, ich war dabei als Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion, als im Kabinett mit den Vertretern der Fraktionen der Regierung die Stalin-Note analysiert wurde. Jakob Kaiser und Thomas Dehler haben sich sehr für eine intensive Prüfung ausgesprochen, beinahe an die Grenze der Annahme gehend.

Da kam Konrad Adenauers bewußte Art, den Stier bei den Hörnern zu packen. Er sagte: „Herr Kaiser, Herr Dehler haben Sie den Paragraphen 5 gelesen? Auf dem Territorium Deutschlands dürfen Organisationen, die der Demokratie und der Sache der Erhaltung des Friedens feindlich sind, nicht bestehen. Quis judicabit“, – damals konnte man im Kabinett noch lateinisch fragen, – „wer wird das entscheiden?“ Und er gab die Antwort: „Natürlich die Sowjets im neutralisierten Deutschland. Sie sitzen doch schon hier, Herr Kaiser, weil Sie in Berlin nicht mehr als friedliebend und demokratisch wirken können, und Herr Lemmer sitzt doch auch schon hier. Also dieses ist die gefährlichste Position, denn sie gibt den Sowjets das Interventionsrecht in die neutralisierte deutsche Demokratie. Die Amerikaner, Engländer, Franzosen sind abgezogen, wir haben sie aus der Verantwortung für Berlin und Deutschland als Ganzes entlassen. Wollen Sie das meine Herren?“ Da kippte die Stimmung um. Erst hat Dehler die Gefahr als Jurist erkannt. Dann kam auch Jakob Kaiser, und dann hieß es: Also wir wollen aber wenigstens den Auswärtigen Ausschuß des Bundestages damit befassen, den Deutschen Bundestag damit befassen, wir

wollen es prüfen, das Parlament muß das behandeln. Es schien auch hier so, als wenn es eine exklusive Angelegenheit Konrad Adenauers und der Regierung gewesen wäre. Nein, die deutsche Öffentlichkeit hatte einen großen Anteil genommen, Paul Sethe beispielsweise. Die Professoren an den Universitäten, die Friedensforscher, die es damals schon gab, zum Teil begeistert, Teile der Evangelischen Kirche, zum Teil begeistert: Es muß geprüft werden, es muß die Chance genutzt werden, hieß es allenthalben.

Der Deutsche Bundestag befasste sich zunächst im Auswärtigen Ausschuß damit, unter Hinzuziehung auch von Fachleuten. Dann kam am 3. April 1952 die Debatte im Deutschen Bundestag über die Stalin-Note. Am Ende der Debatte hat eine Erklärung gestanden, die auch von den Sozialdemokraten angenommen wurde, von allen mit Ausnahme der Kommunisten, die wir ja damals im Ersten Bundestag noch hatten – aus Zeitgründen verzichte ich darauf, ich habe hier diese vier Punkte –, und schließlich ist dann einstimmig sogar, mit den Stimmen der Kommunisten, die Entschliebung gefasst worden am Ende der Debatte, ich zitiere ganz kurz: „Ohne ein in Freiheit geeintes Deutschland kann eine auf dauerhafte und umfassende und enge Zusammenarbeit der Völker gegründete Friedensordnung in Europa nicht geschaffen werden. Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands ist daher ein europäisches Anliegen und das vornehmste politische Ziel der Bundesrepublik.“ Das Parlament hat sich also ganz intensiv mit der Note befaßt und kam zu dem gleichen Ergebnis wie das Kabinett: Den Alliierten, oder besser den Hochkommissaren die Ablehnung zu empfehlen, was ja dann auch geschehen ist.

Was hier zur Bindungsklausel gesagt wurde, ist richtig. An der Bindungsklausel wäre damals die Koalition gescheitert. Die FDP hatte im engeren Vorstand einen Beschluß gefasst: Bleibt der Deutschlandvertrag so, bleibt die Bindungsklausel, verlassen wir die Regierung. Als das die Amerikaner erfuhren, ließen sie sich natürlich herbei, mit Acheson, noch zum Schluß durch von Brentano und durch Merkatz unterstützt, also CDU und DP, an die Stelle der Bindungsklausel dann die Änderungsklausel zu setzen.

Was aber hier zu kurz kam war der Artikel VII. Ich habe den Artikel VII 40 Jahre in meiner Brieftasche getragen. In der Hauptsache, um in Straßburg im Europarat, aber auch um in Washington, London und Paris zu sagen: Freunde Ihr seid in einem Obligo, selbstverständlich auch manchmal bei den Botschaftern Smirnow oder vor Sorin oder Zarpakin in Gesprächen. Der Artikel VII ist so großartig im Jahre 1952 in ein Vertragswerk mit Amerika, England, Frankreich gekommen, daß ich ihn heute als Offenbarung betrachte. Ich will jetzt den ersten Teil weglassen. „Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereintes Deutschland, das eine freiheitliche demokratische Verfassung, ähnlich wie die

Bundesrepublik, besitzt und das in die Europäische Gemeinschaft integriert ist.“

Wenn einer behauptet, Adenauer habe die Wiedervereinigung nicht gewollt, der wird widerlegt. Denn damals im Jahr 1952 gegenüber Amerika, England und Frankreich das in ein Vertragswerk zu bringen, war schon eine staatspolitische und deutschlandpolitische Meisterleistung. Und auf die haben wir uns doch alle berufen. Selbst Walter Scheel, später selbst Genscher bei den schwierigen 2+4-Gesprächen, als London und Paris etwas kurz traten. Zu diesem Punkt also: Artikel VII des Deutschlandvertrages ist eine dogmatische Grundlage, die jede Regierung entlasten muß, denn so leicht bringt man so etwas nicht in ein Vertragswerk.

Herr Faulenbach hat natürlich eine Kausalität hergestellt, die geradezu bahnbrechend ist. Wenn das die Wertung der Deutschlandpolitik der 40 Jahre wäre, dann hätte der Bundestag sich das damals, im Jahre 1950, schon sehr einfach machen können. Nein, so einfach war es nicht. Ich vermisste im Moskauer Vertrag und später in den anderen Verträgen einen Hinweis wie bei Artikel VII in den Westverträgen, auf das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und auf den Friedensvertragsanspruch. Als Walter Scheel zur Unterzeichnung fuhr, sagte ich: Walter, wenn du zurückkommst ohne adäquat zu Artikel VII etwas im Moskauer Vertrag zu erreichen, dann bin ich unglaublich. Denn 20 Jahre bin ich landauf landab gereist und habe für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und für einen Friedensvertragsanspruch plädiert. Ich habe ihm dann zwei Notizen formuliert, die hat er mitgenommen. Als er zurückkam, sagte ich: Unsere Wege müssen sich trennen. Sehen Sie, daß im Moskauer Vertrag und in den anderen Verträgen nicht ein Hinweis auf Friedensvertragsanspruch und Selbstbestimmung zu lesen ist und daß schließlich auch im Grundlagenvertrag Herr Bahr nicht in der Lage war, das Wort „Nation“ hineinzubringen – ich fragte Herrn Bahr: Sie haben doch hoffentlich für die zwei deutschen Staaten das deutsche Volk als Nation mit eingebaut in die Präambel? – Nein, sagte er, das hat man in Ost-Berlin entschieden abgelehnt –, das zeigt, wie groß der Unterschied zwischen den Westverträgen und den Ostverträgen in der Frage der Deutschlandpolitik ist.

Ich halte nach wie vor die Ostverträge für eine Bestätigung des Status quo der Teilung und nicht für eine Chance auf den Fortschritt hin. Und wenn es nicht von unten die Bewegung gegeben hätte 1989/90, hätten wir bis heute den Status quo, vielleicht ohne Mauer, aber den Status quo der Teilung. Denn die deutsche Frage war doch ad acta gelegt. Sie war nicht mehr auf der Tagesordnung. Die deutsche Frage ist nicht mehr aktuell, damit haben wir leben müssen! Die deutsche Frage ist so lange offen, wie das Brandenburger Tor geschlossen ist, haben wir entgegnet. Haben Sie vergessen, was 1987 für ein Spektakulum hier stattfand mit dem Ehrenbataillon

und dem Präsentiergriff und leider natürlich sehr schnell auch in Paris bei Mitterand? Nein, ich gebe Ihnen recht bei der Bemerkung, es hat niemals in den letzten 40 Jahren, von 1949 bis 1989, eine Chance gegeben, mit den Sowjets eine Deutschlandpolitik freiheitlich-demokratischer und europäischer Art zu erreichen, sondern allenfalls den Status quo mit Moderationen in den Bündnissystemen und mit Garantien für den „sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaat“. Insofern ist die einzige wirklich geschichtlich beweisbare Tatsache die, daß von unten aus dem Volk über Solidarnosc, Ungarn, über Deutschland, über die mitteldeutschen jungen Menschen etwas in Gang gesetzt wurde, in Verbindung mit der weltpolitischen Lage – Moskau, Gorbatschow und Schewardnadse –, was dann in einer Art Eskalation zum 3. Oktober 1990 geführt hat. Alles andere können Sie als Makulatur vergessen, selbst die Anstrengungen, die Pfeleiderer mit Reinhold Meier damals unternahm, die Dehler unternahm, wir, der Abg. Döring, der Mende und der Scheel, haben uns in Weimar 1956 mit Werthmann, Gerlach, Agsten getroffen. Wir haben den Redner-Austausch vereinbart, er ging nicht. Wir haben dann bei der SPD dasselbe erlebt, es ging nicht. Jeder Versuch, selbst der, 1959 in Genf mit Lothar Bolz und von Brentano ein Gespräch zustande zu bringen, scheiterte – da war Dehler mit mir dabei, Lothar Bolz mit Toeplitz und Kegel. Brentano hatte sich die Genehmigung in Bonn erbeten. Da kam Gromyko und erklärte, ein Gespräch zwischen Lothar Bolz und Heinrich von Brentano käme nicht zustande, er verbiete eine Begegnung. Das heißt, selbst in Genf 1959 war Gromyko zu einem Gespräch zwischen den beiden deutschen Teilstaaten am Katzentisch nicht bereit. Es ist viel schwieriger gewesen, und es ist viel Mühe in den 50er und 60er Jahren eingesetzt worden, aber dem „Njet“ von Herrn Gromyko, später von Herrn Falin, der einer der bösesten Gegner einer wirklichen Deutschlandpolitik war, war eben außer Status quo nichts entgegenzusetzen. Vielen Dank, Frau Vorsitzende.

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Wie verabredet werden jetzt die geladenen Sachverständigen zu dem Gehörten, zu dem Gefragten Stellung nehmen. Danach haben wir noch einige Wortmeldungen, bei denen ich allerdings vorschlagen würde, daß wir uns äußerster Kürze befleißigen, um überhaupt noch kurze Bemerkungen der Sachverständigen danach zulassen zu können. Nach der Reihenfolge der Sachverständigen, wie sie heute morgen auch aufgetreten sind, würde ich vorschlagen, gehen wir auch jetzt vor. Das wäre dann zunächst das Wort für Herrn Prof. Möller.

Prof. Dr. Horst Möller: Meine Damen und Herren erlauben Sie mir, daß ich einmal zu den Fragen, die direkt an mich gestellt worden sind, Stellung nehme, zum anderen aber auch ein paar Bemerkungen zu meinen Kollegen mache.

Sie beide, Herr Foschepoth und Herr Faulenbach, werden sich nicht wundern, daß ich in manchen Dingen mit Ihnen nicht übereinstimme, in anderen auch wieder übereinstimme. Lassen Sie mich prinzipiell beginnen. Ich meine,

daß sowohl Herr Foschepoth als auch Herr Faulenbach zuzustimmen ist, daß es keine geradlinige Bewegung von der Deutschlandpolitik der 1950er Jahre zur Wiedervereinigung gegeben hat. Das konnte es nicht geben. Es ist auch von einem Kommissionsmitglied der Finalismus kritisiert worden, der einer solchen Betrachtung zugrunde liegen würde.

Aber, man muß dieses Argument auch durchaus gegen Herrn Faulenbach und gegen Herr Foschepoth wenden, wenn Sie jetzt eine ebenso geradlinige Bewegung von der Ostpolitik seit 1963 – ich habe ja versucht anzudeuten, daß es auch eine Ende der 50er Jahre gegeben hat – zur Wiedervereinigung ziehen; so hat das Willy Brandt auf dem Vereinigungsparteitag der SPD auch gemacht. Nur dieses ist historisch genausowenig möglich, wie eine geradlinige Sicht der Dinge von den 50er Jahren bis 1989 zu ziehen. Ich glaube, dieses Argument richtet sich auch ein Stückweit gegen Ihre eigene Argumentation. Ich meine auch – Politiker können irren, aber Historiker auch –, daß bei Herrn Foschepoth doch ein bißchen die eigene Irrtumsfähigkeit seine Sicht Adenauers bestimmt; insofern als Sie, Herr Foschepoth, 1988 in dem Sammelband „Adenauer und die deutsche Frage“ erklärt haben, zur Zweistaatlichkeit gebe es keine Alternative. Ich glaube, daß da ein Stück Rückprojektion auf die 50er Jahre mitgewirkt hat.

Ich möchte einen Punkt hervorheben, nämlich die Prioritätenskala: Wiedervereinigung nach der Freiheit. Dies ist kein sachlicher Grund, so wie Sie das tun, zu sagen, Adenauer habe die Wiedervereinigung für weniger wichtig gehalten. Davon kann gar keine Rede sein. Er wollte eine Wiedervereinigung in Freiheit, wie Frau Wilms gesagt hat, d.h. die beiden Dinge waren verkoppelt. Und eine andere Wiedervereinigung konnte doch, das muß man doch auch einmal so deutlich sagen, kein vernünftiger Mensch wollen. Das hätte bedeutet, daß die 60 oder 55 Millionen im Westen genauso unfrei geworden wären wie die 17 oder 18 Millionen im Osten. Es ist also nicht möglich, diese Prioritätenskala auseinanderzunehmen. Eindeutig war: Wiedervereinigung ja, aber in Freiheit! Das ist der entscheidende Punkt.

Das Dritte, das ist auch schon durch Herrn Jacobsen und Herrn Mende angedeutet worden: Es ist mir bis heute keine einzige Alternative für die 1950er und 60er Jahre aufgezeigt worden, die einen plausiblen Weg zur Wiedervereinigung dargestellt hätte. Nun ist es ja methodisch sehr leicht zu sagen, die Politik, die verfolgt worden ist, hat nicht zur Wiedervereinigung geführt. Das ist irgendwo eine Banalität. Aber die Alternativen bleiben immer im Vagen, sie bleiben hypothetisch. Sie können jede Hypothese aufstellen und sagen, das wäre eine Chance gewesen. Sie können es nicht beweisen, natürlich nicht, aber Sie können auch nicht das Gegenteil beweisen. Also sind dies verschiedene Argumentationsebenen. Sie beurteilen reale Vorgänge, eine reale Politik mit Hilfe einer nichtverfolgten Politik, und die kommt dann immer besser weg, weil man sich da die Bausteine so zurechtlegen kann, wie

sie einem passen. Ich meine schon, man muß die Alternativen als das ansehen, was sie sind in diesem Fall, nämlich als hypothetische Überlegungen.

Das führt mich zu dem weiteren Punkt: Neue Wege nach 1957. Sie haben zitiert, Herr Faulenbach, die Charakterisierung von Hans-Peter Schwarz über das „Gewurstel“ von Adenauer. Ich meine, dieses Urteil – so sehr ich sonst Hans-Peter Schwarz schätze – trifft nicht ganz zu. Es ist etwas ungerecht. Man kann eher sagen, nachdem die Erfahrung gemacht worden ist, daß es bis 1957 trotz der Westintegration und trotz der Stärkung des Westens und der Sicherung der Stellung der Bundesrepublik nicht zu einer Wiedervereinigung gekommen ist, daß neue Wege getestet wurden. Und da es kein Patentrezept gegeben hat, hat man kleine Schritte unternommen. So originell ist das nicht. Und dieses waren Versuche, die Dinge in Gang zu bringen. Das dieses kein Gesamtkonzept war, ist zwar richtig. Auf der anderen Seite waren es nicht nur Einzelschritte. Wie gesagt, der Globke-Plan und anderes hat schon konzeptuellen Charakter. Daß es nicht funktioniert hat, verweist auf die weltpolitische Realität dieser Jahre. Es war mit der Sowjetunion zu keiner Lösung zu kommen, die die Wiedervereinigung in Freiheit ermöglicht hätte.

Insofern weiß ich auch nicht, was die Kritik besagen soll, die da meint: In den 50er Jahren wäre vielleicht der Preis für die Wiedervereinigung geringer gewesen. Er wäre unendlich viel höher gewesen. Wenn überhaupt, hätte es eine Wiedervereinigung nach sowjetischen Maßstäben sein können. Zum Neutralismuskonzept Heinemanns – dieses hat nun nicht nur in der Bevölkerung keine Mehrheit gehabt, die Gesamtdeutsche Volkspartei hat zum Schluß 1,7 % der Stimmen gehabt, man muß das auch sehen – kann man nur boshaft mit Brecht sagen: Dann sucht sich die Regierung ein neues Volk aus, wenn es zu 98 % dagegen ist. Dieses ist kein realistisches Konzept gewesen. Es gab keine Chance dafür. Was mich jedes Mal wieder wundert, ist die Abkoppelung – deswegen habe ich das zu Anfang so stark betont – von den weltpolitischen Bedingungsbeziehungen. Ich theoretisiere jetzt selber mal: Eine Regierung Bahr im Jahre 1953, die auf die „Angebote“ der Sowjetregierung hätte eingehen wollen, hätte es nicht gekonnt. Die Westmächte hätten es nicht mitgemacht. Insofern ist dieses vollkommen eine Rechnung ohne den Wirt. Daß die Beurteilung der Bundesregierung und die der Westmächte übereinstimmte, entsprang der realen Analyse, und insofern ist dieses eine Politik gewesen, die den realen Verhältnissen entsprach.

Und so muß man auch viele der Äußerungen sehen – ich gebe Herrn Soell recht, daß die Äußerungen Schumachers wechseln, auch die Adenauers haben selbstverständlich ihre Aktualitätsbezüge. Ein Politiker muß ja auf aktuelle Situationen reagieren, das brauche ich Ihnen nicht zu sagen, das wissen Sie besser. Natürlich gibt es da immer wieder Akzente. Aber ich weiß nicht, warum eine realistische Einschätzung der Situation ein Manko sein soll; warum man daraus ableiten kann, hier habe der Wille zur Wiedervereinigung

gefehlt. Wenn ich zu der Einschätzung komme -selbst wenn ich irre -, es ist nicht möglich, dann kann man dem noch nicht attestieren, daß hier der entsprechende Wille gefehlt habe. Dieses bezieht sich auch auf den Satz, den Herr Foschepoth gesagt hat, was die Kompromißfähigkeit nach Westen und nach Osten betrifft, die unterschiedliche Kompromißfähigkeit. Dazu gehören zwei. In den entscheidenden Fragen war die sowjetische Politik nicht kompromißfähig. Was hätte sie denn gewonnen, wenn sie die Wiedervereinigung in Freiheit akzeptiert hätte? Sie hätte etwas verloren. Insofern muß man, selbst wenn man kein Freund dieser Politik war, ihr zubilligen, daß sie im Sinne ihrer Staatsräson gehandelt hat, und die war so, daß sie von einer Wiedervereinigung nach westlichen Maßstäben nicht hätte profitieren können, sondern nur verloren hätte. Also hatte sie daran kein Interesse.

Wenn ich auf die Leistung komme, die von Adenauers Deutschlandpolitik und die der Bundesregierungen mit zum Teil wechselnden Koalitionspartnern, überwiegend mit der FDP, dann wird man sagen müssen mit Rudolf Morsey und anderen: Das Offenhalten der deutschen Frage – und es ist ja von Herrn Koschyk und von anderen auch darauf hingewiesen worden, daß dieses nicht nur ein völkerrechtliches Problem war, sondern eines der politischen Wirkung –, das Offenhalten der Deutschen Frage bis 1989 gehört zu den Voraussetzungen der Wiedervereinigung. Es führte nicht automatisch dahin, aber es gehörte zu den Voraussetzungen.

Ich will damit die allgemeinen Bemerkungen abschließen. Ich will nur noch einmal sagen, die These einer Chance für die 1950er Jahre verkennt die Ziele der sowjetischen Politik. Herr Wettig hat ein schönes Beispiel dafür geliefert, wie man aus Quellenfunden nun doch neue oder zusätzliche Erkenntnisse gewinnen kann. Die These verkennt aber auch den Zusammenhang der bundesrepublikanischen Politik mit dem der Westmächte und mit dem des westlichen Bündnisses. Sie ist eine auf Deutschland isolierte und deswegen unrealistische Betrachtung.

Lassen Sie mich auf die konkreten Fragen kommen. Der Abgeordnete Keller hatte gefragt, warum ich das Jahr 1947/48 als Epochenjahr ansehe. Das liegt daran, daß eine ganze Reihe von Schlüsselereignissen, die die Weichenstellung in die Westintegration mitgeprägt haben, in diese Jahre fallen. Da ist zum einen das Frustrationserlebnis des Scheiterns der deutschen Ministerpräsidentenkonferenz 1947. Da sind aber auch nach 1946 die Erweiterung der Bizone zu dem vereinigten Wirtschaftsgebiet mit der Bildung des Wirtschaftsrates, da ist die Währungsreform im Juni 1948, da ist das Schlüsselereignis – ich habe es vorhin erwähnt – Prag mit dem kommunistischen Staatsstreich und damit der Einsicht der Westalliierten auf der Londoner Konferenz, daß man nun in den drei Westzonen eine konstruktive Deutschlandpolitik betreiben müsse, insofern der Weg zu einer Selbstbestimmung der Deutschen in den

westlichen Zonen betreten werde. Diese Bündelung von Schlüsselereignissen, die konstruktiv waren für den Weg zum Weststaat, machen für meine Begriffe den Epochencharakter aus.

Zu dem, was Herr Soell gesagt hat: Ich bin mit ihm im wesentlichen einig, was Schumacher angeht. Was Schumachers Einschätzung der USA angeht, wechselt das sehr stark. Natürlich hat Schumacher gesehen, daß die USA ein ganz entscheidender weltpolitischer Faktor waren. Aber die Schlußfolgerungen, die er daraus abgeleitet hat, waren eben nicht konstruktiv, sondern von seiner Animosität gegen diese kapitalistische Vormacht, wie er sie gesehen hat, bestimmt. Was das deutsch-französische Wirtschaftsabkommen anging, das Schumacher vorschlug, gab es auch von Adenauer zur gleichen Zeit entsprechende Vorschläge. Es gab ja von Adenauer sogar 1950 schon einen Vorschlag zu einer politischen Union Deutschland- Frankreich, der also noch weiter ging. Der war zu diesem Zeitpunkt sicher unrealistisch.

Zur Debatte 1952, die Herr Soell angesprochen hat, nur soviel: Natürlich, wenn man, wie Herr Wettig das getan hat, anhand neuer Quellen eine neue Bewertung vornimmt oder eine gängige bestätigen, aber in dem Fall doch fast beweisen kann, dann ist das schon ein wissenschaftliches Problem. Wie die Debatte über die 50er und 60er Jahre geführt wird, das scheint mir eher ein Politikum als eine wissenschaftliche Frage zu sein. Und ich muß sagen, entschuldigen Sie Herr Foschepoth, daß ich da so hart bin, die Art, wie Sie ihr einzelnes Dokument präsentieren, ist mir ein Beispiel dafür. Und zwar einfach deswegen, weil dieses Dokument erstens, das ist vielfach gesagt worden, ein Dokument ist, das aus dem Zusammenhang einer Fülle von Dokumenten gerissen ist. Sie können hunderte, tausende zitieren. Zweitens: Es ist kein deutsches offizielles Dokument. Es ist, das kann man ja sehr schön nachlesen, ein Dokument indirekter Art. Der Botschafter hat mir gesagt, daß der Bundeskanzler die und die Meinung habe. Das ist von keiner deutschen Stelle gegengezeichnet worden als eine Gesprächsnotiz oder dergleichen. Das heißt also, die Quellenkritik muß, und da hat der Abgeordnete Keller durchaus recht, nicht nur was die Auswahl, sondern auch was die Bewertung des Dokuments angeht einsetzen. Und drittens ist aus dem Dokument, meines Erachtens das, was Sie sagen, nicht abzuleiten. Daß Adenauer ein Mißtrauen gegenüber dem Wiedererstarken des deutschen Nationalismus hatte, ist richtig, aber so originell nun wieder nicht. Das ist ja in dem berühmtem Londoner Gespräch, was Lothar Rühl damals als Spiegel- Korrespondent gehört hat, im Herbst 1954 in London, auch schon so gewesen, daß er gesagt hat, er fürchte, wenn wir hier nicht weiterkommen, ein Wiedererstarken des deutschen Nationalismus.

Zu der von Herrn Jacobsen angesprochenen Vorgeschichte vor 1945. Das ist ganz sicher eine der entscheidenden Determinanten, denn bei allen Deutschland-Planungen ab 1943 spielte es eine entscheidende Rolle, Deutsch-

land als einen dominierenden oder gar hegemonialen Machtfaktor in Europa zu beseitigen. Dieses ist eine Politik, die als Restgemeinschaft zwischen der Sowjetunion und den Westmächten übrigblieb. Dieses prägt dann in der Tat die Tatsache, daß ganz geringe Spielräume für die politische Mitwirkung der Westdeutschen verblieben. Natürlich war der Abscheu vor dem Nationalsozialismus ein entscheidender Faktor, aber man muß sagen, er ist nicht der ausschlaggebende Faktor, auch nicht für die Teilungspläne, gewesen. Es gibt Planungen, die sich mit der Situation Deutschlands nach dem Krieg auseinandersetzen, schon bevor den Westmächten das ganze Ausmaß der nationalsozialistischen Verbrechen bekannt war. Aber natürlich kam dieses verstärkend hinzu. Da möchte ich an das, was Sie beide, Herr Jacobsen und Frau Wilms, gesagt haben, anknüpfen. Es gab eben, und man sollte dieses nicht geringerschätzen, einen doppelten antitotalitären Grundkonsens der Deutschen. Der war antinationalsozialistisch und antikommunistisch. Diese, verbunden mit der positiven Wertorientierung nach Westen, bildete die Konstituenten der demokratischen Parteien, und zwar aller demokratischen Parteien nach dem 2. Weltkrieg und in der frühen Bundesrepublik. Es gehört für mich als Historiker zu den bedauerlichen Entwicklungen, daß dieser antitotalitäre Grundkonsens mit seiner positiven Wertorientierung offensichtlich aus dem Gedächtnis verschwindet.

Als Letztes: Was den Pfeleiderer-Plan angeht, gibt es ja Initiativen der FDP, später auch durch Schollwer. Es werden jetzt auch Texte bei uns im Institut für Zeitgeschichte veröffentlicht. Ein Band ist schon erschienen. Es waren zum Teil Initiativen, die auch innerhalb der FDP, Herr Mende wird das bestätigen, in keiner Weise mehrheitsfähig waren. Die schärfste Kritik am Pfeleiderer-Plan kam aus der FDP selbst, hinterher selbstverständlich auch aus der CDU. Aber als diese Pläne entwickelt wurden, hat der größere Teil der FDP diese Pläne als unverantwortlich bezeichnet. Es ist eben auch hier die Frage zu stellen, wie weit diese Alternativen – auch im Falle der Überlegungen Dehlers „Es geht nicht ohne die Sowjetunion“ – politikfähig waren.

Natürlich, das hat auch Adenauer manchmal gesagt, der Schlüssel zur Wiedervereinigung liegt in Moskau. Nur wenn der Partner oder Gegner sich nicht rührt, dann hilft alle Bereitschaft, diesen Schlüssel zu holen, alleine nichts. Dieses ist auch das Problem Dehlers gewesen, der sich im übrigen ja auch sehr gewandelt hat. Seine Positionen waren ja nicht konstant. Und man muß bei Dehler auch sagen, manche individuellen Züge seines doch sehr temperamentvollen Wesens spielten dabei auch eine Rolle.

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Danke sehr Prof. Möller. Jetzt ist Herr Faulenbach dran.

Dr. Bernd Faulenbach: Das ist eine Fülle von Fragen. Man bräuchte im Grunde genommen einen ganzen Nachmittag, um darüber noch zu diskutieren.

Ich nehme jede Frage ernst, aber ich kann nicht alle Fragen hier hinreichend beantworten.

Zunächst zu Herrn Mitter, zu der Perspektive, unter der wir die Diskussion gegenwärtig führen. Es ist klar, daß die Fragen, die wir an die Geschichte richten, jeweils von der Gegenwart her gestellt werden. Insofern stellen wir heute andere Fragen als noch vor wenigen Jahren und insofern ist auch die Geschichte immer so etwas wie ein Dialog mit der Vergangenheit. Das ist überhaupt gar keine Frage. In zwei Richtungen lauern Gefahren. Die eine Richtung ist die, daß wir gleichsam von dem letzten großen Ereigniss her einfach nur ganz schlicht zurückfragen und alles Geschehen auf eine Linie, auf dieses Ereignis hin versuchen zu beziehen. Das führt zu einer ausgesprochenen Blickverengung. Die andere Gefahr ist, daß man bei dem Versuch, nach alternativen Möglichkeiten zu fragen, dann möglicherweise in hohem Maße spekulativ wird. Beide Gefahren muß man als Historiker sehen. Man entgeht der einen Gefahr möglicherweise dadurch, daß man eben dann der anderen erliegt. Es ist ein schmaler Grat, auf dem man sich in einer solchen Konstellation, in der man neu fragt, bewegt. Das ist, glaube ich, generell gegenwärtig unsere Konstellation.

Was die Quellen und Textmaterialien angeht, die wir zitieren, so bringt man in einem kurzen Vortrag einiges schlichtweg nur zur Illustration ein. Man kann hier ja nicht riesige Quellenmengen anführen, sondern versucht, einiges zusammenzufassen, einiges plastisch zu machen, indem man zitiert. Aber es ist schon wichtig, die Kontextualität jeder Aussage genauer zu würdigen. Das würde ich generell als Aufgabe der Historie ansehen. Dies als allgemeine Vorbemerkungen.

Nun zur Frage der Stalin-Note: Anders als den hier zuletzt zu Wort gekommenen scheint mir die Diskussion noch nicht völlig abgeschlossen zu sein. Ich glaube zwar, daß Herr Graml und Herr Wettig sehr gute Argumente für ihre Position haben. Es bleiben bestimmte Fragen, die sich von der Quellensituation her – Auswärtiges Amt Moskau – wohl doch im Hinblick auf die sowjetische Haltung noch nicht endgültig behandeln lassen. Ich will etwas mißverständlich sagen: Wir haben, zumindest rudimentär, in der sowjetischen Politik zwei Linien. Es ist zwar früh eine Linie, die auf deutsche Teilung hingeht, angelegt, aber daneben gibt es eine andere, die Deutschland als Ganzes betrachtet – man denke an Berija, wobei ich nicht sagen will, daß jetzt die Besymenski-Veröffentlichung sehr viel weiter führt, an die Tatsache, daß in bestimmten Intervallen, und man kennt das selbst aus Diskussionen auch mit sowjetischen Wissenschaftlern vor der Wende, die andere Möglichkeit, die „deutsche Karte“ in einer bestimmten Situation zu spielen, latent in der sowjetischen Diskussion eine Rolle gespielt hat – das läßt sich, glaube ich, nicht generell negieren. Es ist nur die Frage, ob in dieser Situation 1952 die Bereitschaft da war. Da spricht viel für die Annahme, die hier referiert worden

ist, daß bei Stalin die Bereitschaft damals nicht vorhanden war. Aber dann wäre es immerhin ein Wechsel auf die Zeit nach Stalin gewesen, wenn von seiten des Westens anders reagiert worden wäre. Aber noch einmal, wie die westliche Politik bei einer anderen westdeutschen Politik reagiert hätte, und wie dies die sowjetische Politik beeinflußt hätte, dieses läßt sich schwer sagen und muß letztlich Spekulation bleiben. Insofern bleibt ein Rest Zweifel übrig. Ich sage ein Rest Zweifel, wobei ich dann durchaus formuliert habe, daß für diese hier wiedergegebene Position gegenwärtig viel spricht.

Dritter Punkt: Zu der Einschätzung der Adenauerschen Politik, zu den Diskussionsbeiträgen von Herrn Koschyk, Frau Wilms und Herrn Hansen. Natürlich muß die Adenauersche Politik „in der Zeitschiene“ gesehen werden. Aber ich habe folgendes versucht zu tun. Ich habe versucht, die Adenauersche Politik an ihren Ansprüchen zu messen. Gemessen an ihren Ansprüchen sieht sie eben nicht erfolgreich aus. Er hat von 2 bis 10 Jahren gesprochen, er hat gesagt, es kommt bald die Situation, in der die Verhandlungsbereitschaft da ist. Diese Aussagen sind einfach in den Quellen da. Über sie können wir nicht so ohne weiteres hinweggehen. Und auf diesem Hintergrund kann man diese Linie nach 1989 hin so ohne weiteres nicht ziehen. Dazwischen liegt ja eine ganz andere Epoche. Ich habe mithin problematisieren wollen, die 1989/90er Ereignisse als eine Spätfolge der Adenauerschen Politik darzustellen. Das scheint mir nicht möglich zu sein, und ich habe wie gesagt versucht, die Adenauersche Politik an ihren Ansprüchen zu messen. Dann bleiben zumindest einige Zweifel übrig. Übrigens kann man auch die Bahrsche Politik an ihren Ansprüchen messen. Nur die Bahrsche Politik hatte nicht so hochgesteckte Ansprüche wie die Adenauersche Politik, was etwa die Wiedervereinigung angeht. Jedenfalls war sie offener als Konzept und wurde dann übrigens auch ein Konzept, das dann von allen maßgeblichen Kräften der Bundesrepublik in den 80er Jahren geteilt worden ist. Das ist ja unbestreitbar so.

Was die Konzeptfrage angeht, so habe ich Hans-Peter Schwarz zitiert. Wenn man sich die verschiedenen Versuche ansieht, Herr Möller, so wirken sie doch ein bißchen wie ein Stochern, so wie ein Versuchen hier und da, wie ein sprunghaftes Sondieren von Möglichkeiten. Jedenfalls ist Adenauer bis zur Formulierung einer neuen deutschlandpolitischen Konzeption einfach nicht mehr gekommen, alles blieb sprunghaft, experimentell in dieser Endphase der Ära Adenauer. Auf diesem Hintergrund ist das Urteil, das Hans-Peter Schwarz fällt, der ja nun nicht in besonderer Weise als ein scharfer, pointierter Kritiker von Adenauer berühmt ist, doch zumindest verständlich.

Selbstverständlich haben wir die FDP unzureichend behandelt. Aber die Verdienste oder die Rolle der FDP im Hinblick auf die Bindungsklausel habe ich erwähnt. In der Tat gab es zudem in der FDP eine größere Neigung als in der CDU, sagen wir, die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion ernstzunehmen. In dem Punkt traf man sich mit Fritz Erler und anderen Politikern der

sozialdemokratischen Opposition in erheblichem Maße. Da waren dann die Akzentunterschiede zur CDU nicht ganz unbeträchtlich in der zweiten Hälfte der 50er Jahre.

Was die Frage der oppositionellen Position angeht, der Heinemannschen Politik, nach der Herr Hansen hier noch einmal gefragt hat, so habe ich die Tatsache referiert, daß Heinemann diese Politik der Stärke für unmoralisch hielt. Man muß dies vielleicht doch auch einmal auf dem Hintergrund der Tatsache sehen, daß über 20 Millionen Menschen in der Sowjetunion im Kriege umgekommen sind, zum anderen angesichts einer Politik, die zum Teil verstanden wurde als eine Politik des Roll-Back, die im Grunde genommen doch in sehr rigoroser Form gegen die Sowjetunion gerichtet war und die historischen Hypothesen gar nicht zur Kenntnis nahm. Dies schien Heinemann in dieser Konstellation moralisch problematisch zu sein. Und wenn er sich dann gegen bestimmte Feindbilder wandte, so geschah das aus christlichen Motiven. Die berühmte Formulierung „Jesus ist nicht gegen Karl Marx, sondern für uns alle gestorben“ ist die Wendung gegen ein bestimmtes Feindbild, das er versucht hat in Frage zu stellen. Das ist der Hintergrund der Heinemannschen Position. Ich gebe hier als Historiker die Heinemannschen Positionen wieder und habe sie als Historiker zu erklären.

Was das Verhältnis von militärischer Neutralität und politisch-kultureller Neutralität angeht: Ich habe dieses im Zusammenhang mit der Sozialdemokratie angesprochen, die Wertorientierungen der deutschen Sozialdemokratie seit dem 19. Jahrhundert sind stark westeuropäisch geprägt. Denken Sie an die besondere Nähe zur Französischen Revolution, zu den Ideen von 1789 usw. bis hin zu bestimmten Verhaltensmustern im ausgehenden Kaiserreich, an die Außenpolitik der Weimarer Zeit. Die westeuropäische Orientierung der Sozialdemokratie hat tiefe historische Ursachen, der Einsatz für Menschen- und Bürgerrechte usw. Dies ist eben keine Frage, die nur von der unmittelbaren Konstellation der Nachkriegszeit her zu beantworten ist. – Was aber die Gegenposition zur Westorientierung angeht, und das macht das Neue der Situation der Nachkriegszeit aus, diejenigen Kräfte, die einen politisch-kulturellen deutschen Eigenweg unabhängig vom Westen entwickeln wollten, diese politischen Kräfte waren durch die Katastrophe des 2. Weltkrieges entscheidend geschwächt worden, so daß in der deutschen Gesellschaft der Nachkriegszeit, jedenfalls in der westdeutschen Gesellschaft, in der sich die verschiedenen Orientierungen frei artikulieren konnten, im Grunde genommen die politisch-kulturelle Gemeinsamkeit mit dem Westen zunehmend sehr verbreitet gewesen ist. Wie gesagt, die Träger, die Propagandisten eines politisch-kulturellen Eigenweges hatten 1945 bankrott gemacht. Das muß man sagen, diese besondere Entwicklung war offenbar zu Ende. Insofern gab es für einen neuen deutschen Sonderweg keine guten Dispositionen mehr in der Nachkriegsepoche.

Schließlich zur Frage der Wirkung auf die Menschen in der DDR. Es ist eine ganz schwierige Frage, von der ich in der Tat meine, wir haben sie bisher nicht hinreichend von der Forschung in den Blick bekommen. Auf der einen Seite mußte die westdeutsche Politik versuchen, die Verantwortung für die Menschen im Osten wahrzunehmen, andererseits lief sie dabei permanent Gefahr, über die Köpfe der Ostdeutschen hinweg Politik zu machen. Es war immer die Frage, ob die westdeutsche Politik wirklich der authentische Ausdruck der Interessen der Menschen in der DDR war. Das war eine ganz schwierige Frage, die jedenfalls in den 60er Jahren zunehmend so beantwortet worden ist, daß man gemeint hat, die Westdeutschen können nicht per se in allen Hinsichten immer permanent für die DDR sprechen, das sei irgendwo ein Stück weit Anmaßung. Andererseits: Wenn sie diese Ansprüche voll zurücknahm und gar nicht mehr für die Bevölkerung der DDR sprach, dann kamen bestimmte Positionen der Menschen in der DDR einfach nicht mehr zu Wort. Diese doppelte Gefahr muß man als Grundproblem westdeutscher Politik im Hinblick auf die DDR einfach konstatieren. Auf diesem Hintergrund müßte man, glaube ich, die hier angeschnittenen Fragen diskutieren.

Natürlich hatte diese Politik auch eine bestimmte Wirkung nach innen. Nehmen wir noch einmal die von Herrn Koschyk angesprochene Frage der Oder-Neiße-Grenze. Herr Koschyk, Adenauer hat die Ansicht vertreten – da gibt es Zitate, Reden, in denen er den Anspruch erhob –, daß über die Politik der Westbindung die Ostgebiete zurückzugewinnen seien. Da sind politische Illusionen gefördert worden. Es gab nicht lediglich einen Rechtsvorbehalt in der Adenauerschen Politik, sondern das war schon mehr, was da formuliert worden ist. Sie wissen selbst, welche Schwierigkeiten es noch 1990 bei den Vertriebenen gab, die Grenze anzuerkennen. Aufgrund der Aktenlage und dem Forschungsstand kann ich nicht erkennen, daß die amerikanische Politik in der Frage der Ostgebiete die westdeutschen Positionen mit getragen hätte.

Schließlich, Frau Wilms, zur Frage der Originalität der Bahrschen Politik. Ich hatte darauf hingewiesen, daß es in den 50er Jahren schon bestimmte Ansätze gegeben hat, auch bestimmte Vorschläge von Brandt, Wehner und anderen. Sie haben dann gesagt, die amerikanische Administration hat ihrerseits so etwas auch gewollt. Das ist schon richtig. Aber die Aufgabe der deutschen Politik mußte nun darin bestehen, sich in diese internationalen Prozesse einzuordnen. Wir müßten schon etwas genauer untersuchen, wie schwer sich die damalige Bonner Regierungspolitik mit der Synchronisierung mit der amerikanischen Politik getan hat, übrigens auch im Hinblick auf die „kleinen Schritte“. Das müßte man dann doch etwas genauer anschauen.

Schließlich zu dem temperamentvollen Beitrag von Herrn Mende. Herr Mende, Sie schöpfen aus der Erfahrung Ihres Lebens und natürlich rechtfertigen Sie auch Ihren Lebensweg in der Art, wie Sie bestimmte Dinge darstellen. Aber wenn Sie jetzt über den Moskauer Vertrag urteilen, so meine ich, daß zu dem

damaligen Zeitpunkt die Sowjets für das, was Sie fordern, nicht zu haben waren. Sie wissen, daß mit der Unterzeichnung der Brief zur deutschen Einheit übergeben worden ist, das ist einfach ein historischer Tatbestand, und man wird wohl doch die Bahrsche, die Brandtsche und auch die Scheelsche Politik dieser Phase so charakterisieren müssen, daß sie den Status quo anerkennen wollte, um ihn zu verändern, um ihn in einem erheblichen Maße zu modifizieren, Grenzen durchlässig zu machen usw. Diese Dialektik des Ansatzes, die ist mir in Ihrer Interpretation zu kurz gekommen. Wir haben sicher Gelegenheit, über diese Fragen in der nächsten Woche noch trefflich zu diskutieren.

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Herr Dr. Foschepoth.

Dr. Josef Foschepoth: Ich freue mich natürlich, daß ich jetzt auch zu Wort kommen darf, nachdem vieles gesagt worden ist, was ich ja eigentlich nicht gesagt habe. Wenn man westliche Politik analysiert, heißt das noch lange nicht, daß man automatisch sowjetische Politik für gut befindet oder ähnliches, nur weil man die Kritik daran hier nicht artikuliert hat. Aber gehen wir der Reihe nach vor.

Der eine Vorwurf, Herr Möller, den Sie gemacht haben, wird mir in Rezensionen ja auch immer wieder gemacht, und deshalb muß ich ihn hier einfach mal klarstellen. In der Tat ist es so, daß in meinem Buch der Satz steht: „Zur Zweistaatlichkeit Deutschlands gibt es keine Alternative.“ Aber vor dem Doppelpunkt steht natürlich auch etwas. Da steht, daß sich in der Bundesrepublik, gemünzt auf das Jahr 1988, ein Konsens herausgebildet hat, der im Grunde von keiner großen politischen Gruppierung dieses Landes in Frage gestellt wurde. Ich darf darauf mit allem Nachdruck hinweisen. Es ist einfach so. Wir dürfen heute nicht aus der Perspektive des Jahres 1993 urteilen, und wir müssen uns einmal die Reden von Frau Wilms anschauen, vielleicht finden wir dann auch ein paar andere Dinge, was die Zweistaatlichkeit anbetrifft. In dem Beitrag von Herrn Koschyk wurde angefragt, ob hier jemand Parteipolitik macht. Ich weiß nicht, für wen. Ich zitiere nur Herrn Abelein, der ist ja sicherlich jemand, der in Ihren Reihen in dieser Frage sehr unverdächtig ist. Sie erinnern sich an die Diskussion um das Geißler-Papier 1988, wo es auch um die Aufgabe des Wiedervereinigungsgebotes in der CDU ging, auf dem Parteitag ist das ja nur mit knapper Mühe gewissermaßen gescheitert. Lassen Sie mich nur mal eben Herrn Abelein zitieren. Bei der Lektüre des Geißler-Papiers sagt Herr Abelein, ich zitiere nach der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: „... daß der Einheit der Deutschen bei der CDU die gleiche Bedeutung zugemessen wird wie dem Reich Gottes in der Glaubenspraxis der Christen. Es wird als eine bei besonderen Gelegenheiten verwendete Gebetsformel gebraucht, spielt im praktischen Leben aber keine Rolle. Niemand bemüht sich ernsthaft um seine Realisierung und jeder geht davon aus, daß es zu seiner Lebenszeit ohnehin nicht dazu kommen wird.“ Das ist zur Erklärung des Doppelpunktes. Es heißt also, es wurde eine

Position beschrieben, wie sich das politische Klima in der Bundesrepublik, und ich begreife mich auch als ein Kind der Bundesrepublik, insofern der Adenauerzeit, sich entwickelt hatte bis zum Jahre 1988. Und ich darf noch daran erinnern, wir haben mit großem Pomp, ich selber habe davon profitiert, weil ich 100.000 DM von der Bundesregierung für ein Forschungsprojekt bekommen habe, den 40. Geburtstag der Bundesregierung initiiert. D.h. also, das Bewußtsein war damals ein völlig anderes. Deshalb möchte ich nur vor dieser gefährlichen Kontinuitätstheorie warnen, die hier in diesem Raum heute entwickelt wird. Nun aber methodisch zurück zu den eigentlichen Gegenständen unserer Arbeit.

Ich muß auch ganz entschieden den Vorwurf zurückweisen, sofern er auf meine Position gemünzt wird, hier würde moralisiert oder so etwas gemacht. Das Gegenteil ist eigentlich der Fall. Was habe ich getan? Ich habe mich eben nicht nur an die Dokumente zur Deutschlandpolitik gehalten, die veröffentlicht worden sind, sondern ich habe die operative Politik analysiert, so wie der politische Entscheidungsprozeß abgelaufen ist. So wie versucht worden ist, Einfluß zu nehmen seitens Adenauer, seitens der verschiedenen Mächte auf die Formulierung der Deutschlandpolitik nach 1945. Diesen Eindruck gewinnt man, wenn man jahrelang in Archiven etwa des Auslandes arbeitet. Dann kriegt man eine andere Perspektive, wie sich diese Politik konstituiert hat. Ich werde das auch hier an einem Beispiel deutlich machen. Wenn Sie sich die Dokumente zur Deutschlandpolitik anschauen, dann werden Sie vor jeder Wahl ein Sofortprogramm zur Wiedervereinigung Deutschlands entdecken, dann wird es heiß. Die Wahl steht vor der Tür. So war es auch 1956 beispielsweise. Ein Sofortprogramm wird beschlossen, damals von der CDU, zur Wiedervereinigung Deutschlands. Was passiert? Das hat natürlich auch Wirkungen auf das Ausland. Folglich gibt es, etwa im Public Record Office, einen dicken Quellenband von Anfragen von britischen Administrationen und Botschaften aus aller Welt: Wie sollen wir denn nun eigentlich damit umgehen, mit dieser neuen Forderung aus Deutschland, ein Sofortprogramm zur Wiedervereinigung? Ist das die neue Politik? Ist die nun abgestimmt mit den westlichen Alliierten? Und und und...? Mit anderen Worten, hier baut sich etwas im Ausland auf, was nicht so nachvollzogen werden kann, weil die innenpolitische Funktion eines solchen Vorgehens nicht erkannt wird. Was passiert dann? Das wird dann wieder interessant. Wenn sie in den Archiven arbeiten, dann entdecken sie plötzlich einen bekannten Namen, etwa Wilhelm G. Grewe, einer von vielen Emissären, die dann auf den Weg geschickt werden, um nun wiederum in den westlichen Hauptstädten beruhigend zu wirken und zu sagen: Also liebe Leute, das ist alles gar nicht so ernst gemeint, wir müssen Wahlkampf machen, wir müssen die Wahl gewinnen. Herr Grewe wird losgeschickt, auch wiederum im Auftrag des Kanzlers – ich kann natürlich nicht die Original-Dokumente des Kanzlers zitieren, die habe

ich nicht, die gibt es ja auch verständlicherweise nicht, er wäre sicherlich gut beraten gewesen, das nicht schriftlich zu fixieren. Der Niederschlag in den britischen Akten sieht dann jedenfalls so aus: „Die Deutschen hätten nicht die Absicht, in direkte Verhandlungen mit den Russen einzutreten“, sagt Grewe, „sondern seien lediglich der Meinung, daß es angebracht sei, den Austausch von Noten bis zum Zeitpunkt der Bundestagswahlen fortzusetzen, um den Eindruck zu erwecken, daß die Regierung aktiv die Wiedervereinigung betreibe.“ Sehen Sie, das ist genau der Punkt. Hier können Sie die operative Politik analysieren auf der einen Seite, und sie haben auf der anderen Seite diese heeren Deklamationen und auch die Kerzenlichter in den Fenstern für unsere armen Brüder und Schwestern im Osten.

Mein Anliegen ist, deutlich zu machen, daß zwischen der Ideologie und der operativen Politik sich eine immer größere Kluft auftut. Es wurde besonders problematisch im Jahre 1955, weil da das eigentliche Ziel der Adenauerschen Politik, die Westintegration, erreicht war. Und ab da ging es in der Tat nur noch in die Defensive, Stichwort Hallstein-Doktrin. Diese war eine defensive Antwort auf die jetzt sehr viel mehr in die Offensive übergehende sowjetische Deutschlandpolitik. Mit anderen Worten, da war eigentlich das, was Adenauer geleistet hat, abgeschlossen, und ab 1955 begann im Grunde der Prozeß der Verteidigung des Status quo. In diesem Zusammenhang ist ja auch nicht uninteressant, einen Blick auf die verschiedenen Initiativen zu werfen, die dann 1958, Österreich-Lösung, Globke-Plan und Burgfriedens-Angebot hier schon zitiert worden sind. Schauen Sie sich doch diese Initiativen einmal an. Was haben sie alle gemeinsam? Sie haben alle die Anerkennung des Status quo gemeinsam, die Anerkennung des Status quo plus Vorleistung der Sowjetunion. Das ist jetzt der ganz entscheidende Punkt. Wie macht man denn Politik, indem man die eine Seite, unabhängig davon, wie ich sie moralisch bewerte, machtpolitisch in die Knie zwingt und sagt: Ich stelle aber die Forderung so hoch, daß ich sicher gehen kann, die andere Seite kann ohne Gesichtsverlust diese Forderung nicht erfüllen. So ist Deutschlandpolitik betrieben worden. Mit dem Ergebnis, daß sich eben nichts bewegt hat in dieser Politik. Deshalb eben meine von mir so nachdrücklich erhobene Forderung, zwischen operativer und deklamatorischer Politik zu unterscheiden.

Friedensvertragsvorbehalt und Offenhalten der Deutschen Frage. Auch hier sieht das natürlich ein bißchen anders aus. Ich kann das vielleicht im Zusammenhang mit der Frage nach der Oder-Neiße-Grenze beantworten. 1951 hat Adenauer auf dem Vertriebenentag in Hannover eine Rede gehalten, wo er den Eindruck erweckte, daß die Westintegration, insbesondere die Wiederbewaffnung, Voraussetzung für die Wiedereroberung der Ostgebiete sei. Daraufhin ist er also ganz fürchterlich zurechtgewiesen worden von den Drei Hohen Kommissaren. Sie bestellten Adenauer nach Mehlem und sagten ihm: In all unseren Gesprächen, die wir bislang mit Ihnen und auf welcher

Ebene der Politik in Deutschland auch immer geführt haben, sind wir immer davon ausgegangen, daß Deutschland nur ein Deutschland ist in den Grenzen westlich von Oder und Neiße und den Westgrenzen. Also mit anderen Worten, die Frage der Oder-Neiße ist ab 1951 tabu. Entscheidend an diesem Punkt ist, und da komme ich auf den Friedensvertragsvorbehalt, daß man lange überlegt hat: Wie lösen wir a) dieses Problem, daß Adenauer und auch die Westmächte der Meinung sind, die Oder-Neiße-Gebiete gehören nicht mehr zum territorialen Bestand Deutschlands, - und b) wie lösen wir das Problem einer künftigen Wiedervereinigung im Rahmen eines Deutschlandvertrages? Da ist man, erst nach langen Beratungen, auf die Idee gekommen, wir nennen das Ganze gar nicht so, indem wir die Grenzen exakt beschreiben, zumal man ja im Westen auch noch einige Probleme hatte, sondern wir rekurrieren wieder auf die Friedensvertragsvorbehaltsformel, und damit ist im Grunde alles vom Tisch. Jeder kann im Grunde das denken, was er denken möchte. Wir legen uns in keiner Weise fest. Das ist das Entscheidende daran. Und darin unterscheiden wir uns, wenn wir kontrovers diskutieren. Ich beurteile genau exakt diesen operativen Prozeß und den Prozeß der Politikbildung, der Entscheidungsfindung. Und Sie gehen aus von heeren Deklamationen oder von Dokumenten, die öffentlich verkündet worden sind, und von daher ergibt sich natürlich ein Widerspruch.

Warum also das Ganze? Deshalb noch einmal die zentrale These wiederholt, die ich hier versuchte darzustellen: Es war einfach nicht möglich, die von mir auch sehr geschätzte Westintegration Westdeutschlands durchzusetzen angesichts der realen politischen Lage in Deutschland. Denn 13 Millionen waren ja aus dem Osten herübergekommen, und sie hatten natürlich ganz konkrete Hoffnungen, Wünsche und Erwartungen, was ihre Zukunft betraf. Selbstverständlich konnte man da nicht ohne weiteres auf eine solche Hoffnung verzichten, wenn man nicht Gefahr laufen wollte, bei der nächsten Wahl nicht wiedergewählt zu werden. Und die Umfragen zeigen ja, daß 60/70 % an irgendeine Form der Wiedervereinigung glaubten. Das war eben das, was man politisch pragmatisch nennt, man versteift sich weiter und hält die Forderung aufrecht, ohne aber im einzelnen konkret etwas dafür zu tun, damit diese Forderung auch umgesetzt wird, weil sie ja auch gar nicht so intendiert sein konnte, weil sie dann das gesamte Werk Konrad Adenauers aus den Fugen gehoben hätte.

Entscheidend ist bei dem von mir zitierten Dokument der historische Zusammenhang, denn 1955 geisterte der Geist von Genf durch die Lande. Alle Welt erwartete, nach Abschluß der Deutschlandverträge komme jetzt die Wiedervereinigung, denn das war doch immer gesagt worden. Daran glaubte man. Wir müssen erst gewissermaßen im Westen integriert sein, und dann können wir den nächsten Schritt tun, nämlich die deutschen Staaten wiedervereinigen, eine große Hoffnung. Es gab verschiedene Äußerungen auch

im politischen Rahmen. U.a. äußerte der stellvertretende Generalsekretär der NATO, Montgomery, daß durchaus eine Deutschlandlösung denkbar wäre, die gewissermaßen einen – „neutral“ hat er nicht gesagt – einen Status für Deutschland vorsehe, der Deutschland nicht verpflichte, Mitglied der NATO zu sein. Eine politische Äußerung, die im Rahmen war. Adenauer hat sich fürchterlich darüber geärgert. Ähnliche Gedankenspiele wurden angestellt auf den Fluren der Genfer Gipfelkonferenz. Hier waren vor allem die Briten besonders aktiv, weil sie sagten: Irgendwie müssen wir jetzt vorwärtskommen, um die Initiative zu behalten. Das ist genau der Punkt, deshalb finde ich die These sehr gut, daß man sagt, 1955 geriet man in die Defensive. Das trifft tatsächlich zu. Um die Initiative zu behalten, müssen wir auf das Drängen der Sowjets nach Abschluß eines Sicherheitsvertrages in Europa eingehen und gleichzeitig diesen dringenden Wunsch für uns instrumentalisieren und über die Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit verhandeln. Wenn ich dann so ein Dokument finde und darin steht, daß Adenauer alle diese westlichen Forderungen, die ja immer erhoben worden sind, gar nicht mehr für so wichtig hält, sondern einfach sagt, die Westintegration ist wichtiger, dann kann man doch nicht sagen, daß Westintegrationspolitik Wiedervereinigungspolitik war. Von daher denke ich, ist dieses Dokument sehr wohl quellenkritisch analysiert, und in seiner Aussage im Kontext ist es der Tupf auf dem i der Analyse der Adenauerschen Deutschlandpolitik.

Zur Frage der Wirkung. Das ist in der Tat ein Problem, und ich denke, da müssen wir auch noch sehr viel machen. Auch da gibt es übrigens in ausländischen Archiven eine ganze Reihe interessanter Berichte dazu. In England sind regelmäßig Stimmungsberichte angefertigt worden über die Lage in Berlin und in der Sowjetisch Besetzten Zone, die durchaus einen gewissen Aussagewert haben können. Aber entscheidend ist, und da wird es ein bißchen problematisch für mich bei der Beurteilung der Adenauerschen Deutschlandpolitik, daß das, was man immer wieder deklamiert hat, von den Leuten natürlich auch geglaubt wurde, zumal sie ja dann daraufhin gehofft haben. Und wenn dieses jetzt durch die Politik immer wieder bestärkt wird und gleichzeitig aber immer genau das Gegenteil getan wird, teilweise ist es zeitgleich, wenn öffentliche Reden gehalten wurden, auch von Adenauer, und sie finden genau vom gleichen Tag im britischen Staatsarchiv ein Dokument, das genau das Gegenteil davon ausdrückt, dann merkt man schon die Diskrepanz zwischen der operativen und der deklamatorischen Deutschlandpolitik. Und da ist sicherlich der Vorwurf anzubringen, daß Adenauer nicht mehr die Kraft gehabt hat, gewissermaßen den Deutschen ihre Illusion zu nehmen mit Blick auf sein weststaatliches Konzept, was er durchsetzen wollte. Diese Kraft hat er nicht mehr besessen, und wir haben ja auch dafür ganz schön bitter bezahlen müssen. Es wäre interessant aufzulisten, gerade wo wir heute sehr viel über die Kosten des

Umzugs nach Berlin reden, um etwa die Kosten der Hallstein-Doktrin zu ermitteln. Was man alles tun mußte, um andere Länder davon abzuhalten, die DDR anzuerkennen.

Einwurf Abg. Koschyk (CDU/CSU): Wenn Sie noch einen Satz zu Herrn Heitmann sagen, damit der Rundumschlag komplett ist.

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Vielleicht ist es so, daß Sie zu Ende sprechen, aber daß dann Herr Koschyk auch die Möglichkeit zu reden hat. Ich finde, das ist ein Gebot der Fairness, weil es deutlich ist, daß das irgendwo als verletzend empfunden wird, so daß er da noch eine Gegenäußerung machen kann. Jetzt, würde ich sagen, spricht Herr Foschepoth zu Ende.

Dr. Josef Foschepoth: Ich finde es für die Entwicklung unserer Demokratie etwas problematisch, daß, wenn jemand eine unabhängige Position wissenschaftlich begründet, man immer glaubt, ihn irgendwo parteipolitisch einvernehmen zu müssen. Diese Denkmuster sind passé. – Ich bin zu Ende.

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Jetzt ist Herr Wettig an der Reihe. Wir werden dann zusehen, was wir mit den restlichen Wortmeldungen machen, immer die Uhr sehr fest im Auge habend.

Priv. Doz. Dr. Gerhard Wettig: Ich möchte zunächst Bezug nehmen auf zwei Aussagen von Herrn Möller bezüglich der Gesamtdeutschen Volkspartei. Er hat in Frage gestellt, ob die von dieser Seite formulierte Alternative zu Adenauers Kurs überhaupt politikfähig gewesen sei. Er hat davon gesprochen, daß weder die Bevölkerung der Bundesrepublik noch die westlichen Regierungen dahinterstanden, und dann die Wendung gebraucht, die Gesamtdeutsche Volkspartei habe die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Ich möchte dies nachdrücklich unterstreichen, und zwar auch im Blick auf das andere Bein, auf dem diese Partei zu stehen versuchte. Die Politik dieser Partei setzte nämlich voraus, daß es mit Moskau eine Übereinkunft über ein demokratisches Gesamtdeutschland geben könnte und daß man die zur Erzielung dieser Übereinkunft geeignete Gruppierung sei. Genau an diesem Punkt wurde eine in doppelter Hinsicht falsche Rechnung aufgemacht. Die sowjetische Führung war zum einen nicht bereit, in irgendeiner Weise Entgegenkommen bezüglich einer demokratischen Wiedervereinigung zu zeigen. Zum zweiten war sie auch nicht bereit, die Gesamtdeutsche Volkspartei, wenn sie sich zu einer politischen Kraft in der Bundesrepublik entwickelt hätte, als Partner bei der Wiedervereinigung zu akzeptieren. Sie wollte vielmehr diese Partei politisch demontieren, um das Wasser auf die Mühlen der KPD umzuleiten. Ich glaube, das ist ein für die damalige Innenpolitik der Bundesrepublik sehr interessanter Tatbestand und zugleich ein sehr interessanter Tatbestand für die Art, wie Stalin damals Politik gemacht hat. Das ist der erste Punkt, zu dem ich gefragt worden bin.

Mit dem zweiten Punkt komme ich zu Ihnen, Herr Jacobsen. Ich möchte voll bestätigen, daß es während der ganzen 40 Jahre von 1949 bis 1989 keine

Chance der freiheitlichen Wiedervereinigung, unter welchen Voraussetzungen auch immer, gegeben hat. Allerdings, einen ganz minimalen Vorbehalt bringe ich insoweit an, als bezüglich der Politik Berijas ein gewisser Ungewißheitsfaktor besteht, der noch nicht voll aufgeklärt ist. Dabei muß man hinzufügen, daß diese Ungewißheit eine vernachlässigenswerte historische Größe insofern ist, als Berija gar nicht bis zu dem Punkt gekommen ist, wo er hätte zeigen können, was seine Absicht wirklich war. Das heißt, es handelte sich allenfalls nur um eine theoretische Möglichkeit, weil der sowjetische Akteur, der diese Option vielleicht wahrnehmen wollte, sich gar nicht erst die Gelegenheit zu schaffen verstand, die Deutschlandpolitik der Sowjetunion zu gestalten. Daher hat es die Chance zu der möglicherweise von Berija ins Auge gefaßten demokratischen Wiedervereinigung praktisch nicht gegeben.

Das bringt mich zu der Bemerkung von Ihnen, Herr Faulenbach, als Sie von den zwei Linien der sowjetischen Deutschlandpolitik gesprochen haben. Ich möchte dieser Auffassung nachdrücklich widersprechen. Es wird gelegentlich die Hypothese aufgestellt, daß eine auf demokratische Wiedervereinigung ausgerichtete Berija-Politik bereits seit langem neben dem auf Teilung abgestellten Kurs formuliert gewesen sei, auch wenn sie erst im Jahre 1953 sichtbar geworden sei. Auch unter der Voraussetzung, daß es 1953 überhaupt die Berija-Alternative zur bisherigen sowjetischen Deutschlandpolitik tatsächlich gegeben hat, ist die These einer schon lange zeitlich zurückzuverfolgenden Linie nicht haltbar. Nicht haltbar zum einen darum, weil Berija in den Spätzeiten Stalins auf der politischen Abschlußliste stand, also gar nicht in der Lage war, irgendetwas zu machen. Es wäre zudem selbstmörderisch für ihn gewesen, irgendeine Abweichung von der amtlichen Politik mit irgendjemandem zu diskutieren, geschweige denn entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Auch unter Absehung von dem persönlichen Risiko, das Berija ohne jede Erfolgsaussicht eingegangen wäre, war es völlig unvorstellbar unter einer so sehr auf absolute, ja gottgleiche Richtigkeit und Ausschließlichkeit bedachte Diktatorpersönlichkeit wie der Stalins (was im Lichte der jetzt verfügbar gewordenen Dokumente noch deutlicher wird als zuvor), daß sich ein sowjetischer Funktionär von den Vorgaben des obersten Führers entfernt hätte.

Damit bin ich bei den Fragen, die Herr Soell formuliert hat. Er hat als Hypothese in den Raum gestellt, daß die Außenministeriumsakten möglicherweise für die innere Meinungsbildung im Kreml nicht ausschlaggebend gewesen seien. Ich bestreite das radikal – und zwar aus zwei Gründen, die sich aufgrund der Quellenbefunde ergeben. Der eine Grund ist, daß es in den Spätzeiten von Stalin überhaupt keine kollektive Meinungsbildung in Moskau über das politische Vorgehen gegeben hat. Es hat – das ist auch eine neue Feststellung – nur ganz wenige Sitzungen des Politbüros in dieser Zeit gegeben, und diese Sitzungen des Politbüros haben sich nicht mit politischen Problemen befaßt,

sondern mit Kaderfragen. Es ging also nicht um grundsätzliche Themen wie Deutschland- und Jugoslawienpolitik oder um die gegenüber den USA einzuschlagende Linie. Diese Dinge sind überhaupt nicht diskutiert worden. Sie wurden in einem einzigen Kopf entschieden, in dem von Stalin. Das ist der eine Punkt, auf den ich hinweisen will.

Der zweite Punkt ist: Wir haben es bei der Entstehungsgeschichte der Note vom 10. März 1952 mit einem Prozeß zu tun, der ganz klar im Außenministerium initiiert und dann bis zu einem gewissen Reifegrad ausschließlich dort fortgeführt worden ist. Möglich war das Zustandekommen eines Anstoßes auf einer ziemlich subalternen Entscheidungsebene, weil es sich nicht um die Anbahnung einer veränderten Politik, sondern um einen bloßen Exekutionsakt im Rahmen einer längst festgelegten Politik handelte. Es gab in dem so eingeleiteten Notenformulierungsprozeß zunächst keine Meinungsbildung außerhalb des Außenministeriums. Die Meinungsbildung ist erst in dem Moment aus dem Schatten des Außenministeriums hinausgetreten, als Gromyko – der offensichtlich in Deutschlandfragen für die Kontakte des Außenministeriums zu Stalin zuständig war, womit er also schon damals eine sehr wichtige Position besaß – die zu einem gewissen Abschluß gebrachte Ausarbeitung über die anvisierte Vorgehensmodalität als Anregung des Außenministeriums mit erläuternden Begründungen usw. Stalin zuleitete und Stalin sein grundsätzliches Plazet gab. Die Entstehungsgeschichte der Note läßt nicht nur deutlich werden, daß sich hier die Meinungsbildung zunächst im Außenministerium vollzog und anschließend, wie in Politikfragen üblich, durch eine Stalin-Entscheidung offizielle Politik wurde. Der Befund, daß hier eine politische Initiative von unten nach oben und nicht von oben nach unten ging, macht noch ein weiteres klar. Es handelte sich nicht um eine grundlegende politische Entscheidung, sondern nur um eine Entscheidung darüber, wie eine längst festgelegte Politik am besten umzusetzen war. Wenn es um mehr, also eine politische Neuorientierung gegangen wäre, hätte niemals das Außenministerium die Initiative ergreifen können. Es wäre eine völlig undenkbare und im übrigen eine geradezu suizidale Eigenmächtigkeit gewesen, dem großen Führer einen Vorschlag in einer politischen Grundsatzfrage zu unterbreiten. Wenn es es sich daher um eine Sache handelte, die vom Außenministerium ausging und von dort Stalin zugeleitet wurde, hieß dies, daß nicht mehr als eine operativ implementierende Entscheidung zur Diskussion stand. Das ist ganz wichtig für die Beurteilung der Note: Eine Abweichung von der bis dahin verfolgten politischen Linie war von vornherein ausgeschlossen.

Herr Soell hat weiterhin die Frage gestellt, ob die fehlgreifende Lagebeurteilung in Moskau nicht durch Suggestionen der deutschen Kommunisten hervorgerufen worden seien. Ich weiß nun nicht genau, ob er die SED meint oder die KPD oder beide. Für meine Antwort ist dies aber von geringer Bedeutung. Nachdem ich inzwischen noch weitere Forschungen im Archiv

des russischen Außenministeriums angestellt habe, sehe ich ganz deutlich, daß für die sowjetischen Überlegungen und Entscheidungen nichts anderes zählte als die Perzeptions- und Verhaltensmuster, die damals in Moskau üblich waren. Die SED war bei Dingen größerer Bedeutung überhaupt nicht in der Lage, der sowjetischen Seite Vorschläge zu unterbreiten. Vielmehr wurde den Politikern in Ost-Berlin alles bis hin zu dem Wortlaut von Verlautbarungen und Grundsatzreden (die dann zur Richtschnur für die weiteren Stellungnahmen wurden) wortwörtlich vorgeschrieben. Als die DDR-Regierung 1949 gebildet wurde, gingen auch die Listen mit den Namen der Minister und Staatssekretäre über die SMAD zur Prüfung und Billigung nach Moskau. Als Antwort hieß es dann nach einer sehr genauen Beurteilung der einzelnen Persönlichkeiten schließlich: Na ja, insgesamt ist die Liste in Ordnung. Es gab durchgängige Kontrollen von oben nach unten, also von Moskau über Ost-Berlin zu allem Übrigen, etwa zur KPD. Die KPD hat zum Teil unmittelbar von der SMAD bzw. später von der Sowjetischen Kontrollkommission – ich habe darüber weitere Recherchen gemacht – ihre Anweisungen erhalten und teilweise auch mittelbar durch Einschaltung der SED. Daß die SED oder gar westdeutsche Kommunisten ihrerseits Anregungen zur Veränderung der sowjetischen Politik nach Moskau hätten geben können, ist für die Stalinzeit völlig auszuschließen. So waren die Herrschaftsverhältnisse nicht.

Herr Soell hat weiterhin angesprochen, daß aus sowjetischer Sicht die Kombination von deutschen Soldaten und NATO sehr bedrohlich geschienen haben müsse. Sicherlich, das suchte Moskau zu verhindern. Die Frage ist nur: Was war die Alternative? Gab es in Stalins Vorstellung eine günstigere Alternative? Es läßt sich heute klar sagen, daß die DDR für die Sowjetunion als Bastion in Deutschland einen ungeheuren Wert gehabt hat. Lesen Sie nur jenes seit langem publizierte Telegramm Stalins, das er wenige Tage nach der DDR-Gründung an die DDR-Führung gerichtet hat. Darin führt der sowjetische Führer aus, das Zusammengehen Rußlands mit Deutschland bzw., genau gesagt, mit dem demokratischen und friedliebenden Deutschland, als dessen Repräsentant und Anfang er die DDR ansah, sei von entscheidender Bedeutung für die gesamte europäische Geschichte. Von nun an würden die Entwicklungen auf dem Kontinent nicht mehr zuungunsten der UdSSR verlaufen, weil das nunmehr begründete, friedliebende und demokratische Deutschland künftig der UdSSR zur Seite stehen werde. Das illustriert, wie wenig die Idee Stalins Denkmustern entsprach, er könne sich vielleicht durch eine Preisgabe der DDR einen Vorteil verschaffen.

Schließlich noch ein Wort zu der Vorstellung, daß Stalin eine Spaltung des Kapitalismus mittels einer freiheitlichen Wiedervereinigung Deutschlands im Sinn gehabt habe. Diese Vorstellung geht zurück auf eine Rede, die Stalin auf dem 19. Parteitag der KPdSU im Oktober 1952 gehalten hat, wo er davon gesprochen hat, daß es innerhalb des Imperialismus – er

hat nicht vom Kapitalismus gesprochen, sondern vom Imperialismus – immer wieder Spaltungstendenzen gebe, die man nutzen müsse. Daraus ist nun – auf dem Wege reiner Spekulation – die These abgeleitet worden: Wenn Stalin auf Differenzierung und Spaltung innerhalb des westlichen Lagers abgestellt habe, müsse er versucht haben, die Westdeutschen mit dem Wiedervereinigungsköder auf seine Seite zu ziehen. Diese Konklusion überzeugt nicht. Stalin sprach in seiner Parteitagrede ausdrücklich von Westdeutschland. Damit schloß er den Bezug auf ein wiedervereinigtes Gesamtdeutschland schon durch die verwendete Formulierung aus. Was er vortrug, war seine jahrzehntealte generelle Vorstellung, daß früher oder später im westlichen bzw. „imperialistischen“ Lager Spaltungstendenzen auftreten würden, die man dann ausnutzen könne und müsse. Eine Bestätigung für die Richtigkeit dieses Lehrsatzes war für ihn beispielsweise die internationale Konstellation vor dem Zweiten Weltkrieg, die es ihm 1939 erlaubt hatte, die Spaltung zwischen Hitler und den Westmächten für seine Zwecke zu nutzen. Dieses Spiel, so meinte er, lasse sich auch künftig wiederholen. Nur hatten sich die Bedingungen seither verändert. Der sowjetische Führer sah nicht, daß eine Politik, die den Deutschen nichts Substantielles zu geben bereit war, wie insbesondere eine freiheitliche Wiedervereinigung, dem ideologisch gemutmaßten, aber durch die Entwicklung seit 1945 nicht bestätigten Trend zum deutsch-westlichen Zwist kaum zu fördern geeignet war. Dies gehört mit zu den Wahrnehmungsfehlern, die ich in den Dokumenten festgestellt habe und die Stalins Politik letztlich zur Erfolglosigkeit verurteilt haben. Denn der sowjetische Führer hat ja auch noch weitere Wahrnehmungs- oder Perzeptionsfehler gehabt, die ihn bei allen Erfolgen im einzelnen insgesamt mit seinen anitwestlichen Bemühungen scheitern ließen.

Noch eine Bemerkung zu Herrn Faulenbach. Sie meinten, nach allem, was bis jetzt ans Licht gekommen sei, könne man sich aber noch kein endgültiges Bild machen. Man müsse noch weitere Dokumente abwarten usw., bis wirklich ein Urteil möglich sei. Auch ich bin der Meinung, daß es noch viele weitere Dokumente im Laufe der Zeit geben wird und daß wir natürlich noch viel Neues darin finden werden. Was die Note vom 10. März 1952 betrifft, sind glücklicherweise die von mir eingesehenen Dokumente auf die in diesem Zusammenhang zentrale Ereignis- und Geschehnisfolge bezogen. Und darum glaube ich, daß zentrale Feststellungen, die aufgrund dieser Dokumente getroffen worden sind, künftig nicht entwertet werden durch zusätzliche Dokumente, die wir zweifellos noch bekommen. Wir werden sicherlich ein vollständigeres Bild erhalten und manches noch besser verstehen, wo wir jetzt noch sagen: Wie konnte das eigentlich sein, und wie ging das nur?

Zuletzt noch eine methodische Bemerkung zu Ihnen, Herr Foschepoth, obwohl das eigentlich nicht mein Arbeitsgebiet ist. Sie haben sich zu Adenauers Deutschlandpolitik geäußert. Wenn ich recht verstanden habe, war Ihre

Logik etwa die: Adenauer habe sich im Blick auf die nächsten Wahlen ein kurzfristiges Wiedervereinigungsimago zu schaffen gesucht. Wenn das so sei, beweise das, daß der erste Bundeskanzler das Thema Wiedervereinigung nur kurzfristig und mit einem gewissen Augenzwinkern in den Blick genommen habe mit dem ausschließlichen Ziel, es für innenpolitische Zwecke zu instrumentalisieren. Demzufolge könne er langfristig nicht, wie das Hans-Peter Schwarz glaube, die Wiedervereinigung angestrebt haben. Ich meine, dies ist ein Schluß, der nicht logisch ist. Man kann doch durchaus so tun, als würde man an eine baldige Wiedervereinigung glauben, während man weiß, daß dies nicht so rasch geht, um damit innenpolitische Zwecke zu erreichen, ohne daß dies notwendigerweise ausschliesse, daß man die Wiedervereinigung langfristig erwartet und anstrebt.

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Vielen Dank. Wir haben noch vier Wortmeldungen. Darf ich zunächst Herrn Büttner bitten.

Abg. Büttner (CDU/CSU): Herr Foschepoth, einige Thesen haben mich in der Tat sehr betroffen gemacht, insbesondere die: Waren die Deutschen, respektive die Westdeutschen, jemals bereit, einen Preis für die Wiederherstellung der Einheit ihres durch eigenes Verschulden geteilten Landes zu zahlen? Das ist hier heute noch nicht kommentiert worden, ich will es nur mit einem Satz tun. Ich denke, das eigene Verschulden ist hier wirklich zu relativieren. Es waren zunächst einmal die Siegermächte, die dieses Land geteilt haben und nicht die Deutschen.

Zweiter Punkt: Politik der Stärke. Sie haben deutlich gemacht: Nicht die Politik der Entspannung, sondern die Politik der Stärke hat die Etablierung und Festigung des sogenannten Ostblocks auf Jahrzehnte gefördert. Ich darf die Frage daran knüpfen, woher Sie die Belege nehmen, daß nicht gerade auch die Politik der Stärke zur Auflösung des Ostblocks beigetragen hat. Was ist denn mit der Reaganschen Politik, mit der Wirkung im militärischen, im ökonomischen Bereich? Was ist mit dem Festhalten an bestimmten Dingen, die auch Teil der Politik der Stärke waren, keine Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft z. B., keine Konvergenz, Festhalten nicht nur am Status quo, sondern auch an der Bereitschaft, die Grenzen friedlich zu überwinden? All das sind doch Punkte, wo Sie zumindest Belege bringen müssen. Ich sehe bei Ihnen keinen einzigen Beleg, der diese These stützt.

Ein dritter Bereich: Magnetfunktion, im Zusammenhang mit Schumacher und Adenauer angesprochen. Gibt es denn keinen größeren Beweis für die Magnetfunktion, die dieser Staat dann mittlerweile auf westlicher Seite entwickelt hat, als den Mauerbau? Denn er war aus der Sicht der DDR doch nötig gewesen, und da spielt ja auch die Frage nach Attraktivität hinein, die vorhin von Herrn Meckel angesprochen worden ist. Bis 1961 sind immerhin 3 Mio. Menschen von dem einem Teil Deutschlands in den anderen gekommen. Ab 1961 war es etwas schwieriger herüberzukommen, aber es waren ja

dann auch noch Tausende, Zehntausende, die diesen Weg letztendlich gewählt haben. Die Magnetfunktion war doch wohl sehr deutlich vorhanden, ebenso der Konsens. Es ist darauf hingewiesen worden, daß die demokratischen Parteien über zwei Jahrzehnte einen Grundkonsens hatten, wie sie zur Frage von Diktaturen, von totalitären Systemen standen. Aber man muß natürlich auch die Ausfransungen in den 70er Jahren sehen, als Teile dieser Parteien, insbesondere der Jugendorganisationen, diesen Grundkonsens aufgekündigt haben und heute veritable Ministerpräsidenten stellen. Das sind Punkte, die wir heute nur gestreift haben. Ich denke, wir werden Gelegenheit haben, sie noch zu vertiefen. Aber zur Frage „Politik der Stärke“ und deren Beurteilung, da würde ich gerne noch ein Wort hören.

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Bitte Herr Jork.

Abg. Dr. Jork (CDU/CSU): Anlaß für meine Wortmeldung war eigentlich das, was Herr Meckel sagte. Er sprach ja als einer aus den neuen Bundesländern bzw. der DDR. Ansatzpunkte finde ich auch zu dem, was Sie, Herr Foschepoth, sagten. Mir geht es eigentlich im wesentlichen erst einmal um die Aussage, daß sich die Menschen im Osten alleingelassen fühlten. Ich kann diesen Standpunkt in keiner Weise akzeptieren und möchte hier widersprechen. Sicher werde ich hier ein paar subjektive Eindrücke wiedergeben. Aber immerhin habe ich ja von der Lehre bis zur Berufsausübung 25 Jahre in der Industrie gearbeitet und habe da vielleicht, auch in Anbetracht meines Alters, doch eine Rechtfertigung. Wer fühlte sich denn auf welcher Ebene wann alleingelassen? Wenn man so etwas pauschal sagt, müßte man das schon klären. Das ist historisch zu sehen. Das ist auch auf die Lebensbereiche bezogen zu sehen. Das betrifft die Erfahrung, die wir auch hier von den einzelnen hören. Wenn ich das so ganz allgemein sage, kommt mir das schon sehr geprägt durch ein Selbstbewußtsein, das in Frage zu stellen ist, vor.

Aus meiner Sicht: Ich habe zwei Brüder, die vor der Mauer in den Westen gegangen sind. Sie waren vorher Repressionen ausgesetzt. Sie haben dort im Westen ihre Ausbildung genossen. Ich möchte schlaglichtartig an dieser Stelle sagen: Sie waren und wir waren nicht alleingelassen. Das war für mich meine Lebenspraxis. Ich sehe das auch im Kontakt z. B. mit der Kirche. Mein Bruder hatte direkt mit Niemöller zu tun, ehe er sich entschloß, nach dem Westen zu gehen.

Zweites Beispiel: Einer der Kommilitonen, mit denen ich am engsten zusammengearbeitet habe, kam 1966 beim Durchqueren der Elbe um. Ich habe mir nach der Einheit über Salzgitter die Unterlagen angeguckt und habe mit dem Rest seiner Familie Kontakt aufgenommen. Ich möchte auch hier wieder ganz plakativ sagen: Ich fühlte mich, die Familie fühlte sich in diesem Zusammenhang mit dem, was über Salzgitter festgehalten worden ist, nicht alleingelassen.

Ich fühlte mich natürlich auch nicht alleingelassen (und das hat mir die

Einsicht in die Stasi-Akte gezeigt) von genau den Leuten, die in dem Zusammenhang sehr wohl wußten, daß wir nicht alleingelassen waren und daß wir deshalb „liebvoll“ mit Druck durch die Staatssicherheit begleitet werden „mußten“. Das möchte ich doch ganz deutlich an dieser Stelle sagen, insbesondere Herrn Meckel, der ja aus dem Bereich der Kirche kommt und dort eine bestimmte eigene Ebene sieht, sicher zeitlich etwas später, als ich das sah.

Die Kirche hatte über Partnergemeinden, über die Bruderhilfe, die ja auch ebenso wie Pakete vom Staat steuerlich gestützt wurden, erhebliche Kontakte, die für die Menschen bei uns Ermutigung waren. Es war ja nicht alleine eine Frage des Staates – wenn auch mit staatlicher Förderung und Unterstützung –, es waren drei Bereiche, aus denen ich ableite, daß diese Aussage nach meiner Erfahrung absolut falsch ist. Es muß pragmatisch aus der Sicht der eigenen Erfahrung und auch aus der Sicht des Machbaren gesehen werden. Ich würde mich freuen, wenn wir noch einmal irgendwoanders Gelegenheit hätten, diese tatsächlichen Kontaktebenen und die Erfahrungswerte realistisch zu beurteilen, auch in dem Sinne, Herr Foschepoth, daß wir uns klar werden: Gibt es denn eine Differenz zwischen Deklamation und Politik? Das, was ich selbst erlebt habe, war für mich praktische Politik. Vielleicht genügen die Beispiele. Das hatte nichts mit Deklamation zu tun. Ich muß einräumen, daß ich kein Geschichtswissenschaftler bin. Ich bin Ingenieur, ich sehe das, wie ich das praktisch erlebt habe, und das lasse ich mir nicht ausreden.

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Vielen Dank, Herr Jork, für diese Stellungnahme aus betroffener Sicht. Jetzt hat Herr Weisskirchen das Wort.

Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Ich glaube, wir sollten uns vor der Versuchung hüten, im Blick zurück, retrospektiv schon zu erkennen, daß das Ende 1989 sozusagen zwangsläufig aus den Bedingungsfaktoren sich entwickelt hätte. Das hat mir der Tag jetzt sehr plastisch deutlich gemacht. Ich rede ganz persönlich aus dem, was ich gelernt habe, daß das nicht geht. Das Prokrustesbett unserer eigenen Überzeugungen, zu denen wir ja alle stehen, stehen müssen und auch wollen, bedeutet immer, daß dabei ein Stück der anderen Realität verlorengeht. Als jemand, der in den 50er/60er Jahren herangewachsen ist, habe ich natürlich die Adenauerzeit und das, was dann in den 60er Jahren kam, anders erlebt. Aber klar scheint mir auch zu sein, daß der Versuch der Westintegration und das, was damit dann auch faktisch stattgefunden hat, einer der entscheidenden Beiträge dafür gewesen ist, daß im Verlauf der 80er Jahre Bedingungen herangewachsen sind, die es überhaupt erst ermöglicht haben, daß dann nachher am Ende der 80er Jahre die Chance, die es dann gab, wahrgenommen werden konnte. Das ist ganz eindeutig, und man darf noch hinzufügen, das gilt auch umgekehrt, daß die Bedingungen, die in den 80er Jahren herangereift sind, sehr wohl auch etwas damit zu tun haben, daß die Veränderungen, die in den späten 60er Jahren und in den 70er

Jahren vorgenommen wurden – hin zu einer eher operativ formulierten und dann auch praktizierten Politik –, ebenfalls dazu beigetragen haben, um die Bedingungsfaktoren heranreifen zu lassen. Das soll jetzt nicht harmonisch, sozusagen im milden Blick zurück, melancholisch die Konturen verschleiern, das will ich nicht. Jedoch glaube ich, es sollte uns als Enquete-Kommission bei aller Kontroverse – und sie muß auch Kontroverse bleiben können, gleichgültig ob uns der wissenschaftlich erarbeitete Standpunkt paßt oder nicht – auch möglich sein, daß wir daraus eine Konsequenz ziehen. Wichtig erscheint mir, daß wir uns nicht sozusagen im nachhinein noch einmal in die Auseinandersetzungen begeben, die von vielen auch als Fallen verstanden worden sind, um es dann ungeheuer schwer zu haben, aus diesen Fallen wieder herauszukommen.

Ich will noch zwei zusätzliche Anmerkungen machen, die mir ganz wesentlich erscheinen. Unsere Kollegen aus der ehemaligen DDR müssen diese ganze Debatte als eine selbstreferentielle verstanden haben, die sozusagen immer nur die Kontroversen, die im Westen stattgefunden haben – aus welchen guten Gründen auch immer, sie waren ja in der Regel, wie auch immer man Adenauer oder auch Brandt hinterher bewerten mag, sie waren ja immer darauf gerichtet, daß die entgangene Freiheit oder die nicht realisierte Freiheit in der SBZ/DDR realisiert werden sollte, darauf kam es allen an, in unterschiedlichen Nuancen und in welchem Kontext man das auch immer interpretieren mag –, wiederholt. Aber sie müssen diese selbstreferentielle Debatte eigentlich auch als eine immer wiederkehrende Demütigung erfahren. Das ist ein Punkt, der mir jedenfalls in dieser Enquete-Kommission ungeheuer wichtig ist. In dem Moment, wo die Konzepte der Politik der 50er, der 60er, der 70er, der 80er Jahre nicht realisiert werden konnten und die Geduld der Menschen in der DDR es ihnen aus mehreren Gründen einfach nicht mehr zuließ, zu sagen, wir hören uns geduldig das an, daß die westliche Politik uns als Resonanzboden oder manchmal auch als Instrument benutzt, das reicht uns jetzt, wir wollen jetzt die Chance der Freiheit selber nutzen, passierte das Entscheidende. Was kann Politik dazu beitragen, daß die Chancen der Freiheit von Menschen verbessert werden, selber agieren zu können, selber handeln zu können? Das ist der entscheidende Punkt, auf den es ankommt. Ich finde, diesen Punkt sollten wir aufgrund der historischen Debatte für eine erweiterte Debatte nach vorne nutzen. Was kann Politik überhaupt tun, damit die Gestaltungsmöglichkeiten von Menschen so erweitert werden, daß sie selbst ihre eigene Sache in die Hand nehmen und Freiheit selbst realisieren können? Und wenn uns sozusagen die Fehler oder Mängel bei der Adenauerschen Konzeption oder bei der Brandtschen Konzeption zu richtigen Schlüssen verhelfen, dann, glaube ich, haben wir das Entscheidende geleistet, was die Enquete-Kommission leisten kann. Und, Herr Büttner, nur an diesem Punkt wollte ich es in Klammern hinzufügen, wir sitzen hier nicht deswegen,

weil 1945 etwas stattgefunden hat, sondern wir sitzen hier, weil 1933 etwas seinen Ausgang genommen hat, das dazu führte, daß dieses deutsche Land auseinandergerissen wurde. Und nur das ist der Teil an Schuld, den wir Deutsche, beide in Ost und in West, gemeinsam tragen.

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Fast bin ich versucht zu fragen, ob der Name „Weisskirchen“ etwas mit weise zu tun hat. Jetzt ist Herr Fischer dran und dann Herr Koschyk.

Sv. Prof. Dr. Alexander Fischer: Eigentlich ein gutes Schlußwort, Herr Weisskirchen; wenn ich das gewußt hätte, hätte ich den Antrag gestellt, daß Sie erst nach mir sprechen. Ich kann das, was Sie sagen, sehr gut nachvollziehen und würde wünschen, daß wir diese Gedankengänge noch stärker in die Arbeit der Kommission einbringen. Wollen wir es mal auf beiden Seiten versuchen! Wobei die beiden genannten Zäsuren von 1933 und 1945 natürlich wieder Probleme aufwerfen, etwa im Hinblick auf die Folgen von 1918/19, um nur ein Stichwort zu nennen.

Aber ich will ganz kurz noch die eine oder andere Anmerkung loswerden. Ich möchte zunächst aus dem Stand des Sachverständigen in den Stand des Zeitzeugen überwechseln, veranlaßt durch eine Bemerkung von Herrn Meckel, aber auch durch Ausführungen von Ihnen, Herr Foschepoth. Herr Meckel sprach davon, Herr Jork hat schon darauf hingewiesen, daß sich die Leute in der DDR, damals sagte man noch Zone, 1953 von Adenauer im Stich gelassen gefühlt hätten. Ich kann das als Zeitzeuge, ich bin damals zwanzig Jahre alt gewesen, nicht nachvollziehen. Ich schließe aus dem jugendlichen Aussehen des Obmanns der SPD-Fraktion, daß er die Phase der 50er Jahre nicht bewußt miterlebt hat. Seinen Ausführungen ist zu widersprechen. Wenn ich mein Umfeld – Familie, Nachbarschaft, Kirche, Sport und Schule – bilanziere, dann würde ich sagen, daß das Ansehen Adenauers in den 50er Jahren ein außerordentlich hohes gewesen ist. Man hat sich von ihm nicht im Stich gelassen gefühlt, sondern man hat sehr deutlich gesehen, wo das Problem für eine Lösung der deutschen Frage – für eine Wiedervereinigung, sei sie damals diskutiert wurde – lag, nämlich in Moskau.

Damit komme ich zu Ihren Ausführungen, Herr Foschepoth. Sie hatten eben so ganz en passant den „Geist von Genf“ 1955 erwähnt, von dem man die Wiedervereinigung erwartet habe. Das ist ein Trugschluß, den Sie möglicherweise aus den Akten ziehen. Ich glaube, die Bevölkerung in der DDR hat gerade die Genfer Konferenz sehr genau verfolgt; und sie hat sehr genau gesehen und von Chruschtschow auch vorgeführt bekommen, daß die Sowjetunion in der Wiedervereinigungsfrage nicht in die Offensive ging, sondern eher in die Defensive, nämlich mit der berühmten Rede von Chruschtschow in Ost-Berlin, in der der die Zwei-Staaten-Theorie vertrat. Ganz persönlich, ich will das nochmals als Zeitzeuge sagen, ist für mich diese Genfer Konferenz der Anlaß zu Resignation gewesen. Weil die Frage für uns

damals so lautete: Bleiben wir, oder müssen wir gehen? Ich betone: Oder **müssen** wir gehen? Wir haben uns damals gesagt: Es ist keine Chance mehr, die werden nicht nachgeben, wir müssen gehen.

Ich wäre auch ganz gerne noch einmal auf die Stalin-Note zu sprechen gekommen. Ich hätte auch ganz gerne den Appell meines Kollegen Mitter unterstützen wollen, nun endlich, so hat er ja gesagt, die Akten zu schließen. Aber, Herr Faulenbach, Sie haben das Beispiel geliefert: Offensichtlich sind Sie – ich nehme Sie jetzt als *pars pro toto*, einer bestimmten Richtung von Publizistik und Wissenschaft – nicht bereit, die Akten zu schließen, obwohl aus der Sicht der Osteuropawissenschaft schon lange belegt ist, daß es keine Chance gab. Aber dies wird nicht zur Kenntnis genommen. Nun hat Herr Wettig wieder eine ganze Menge Material herausgefischt. Nun heißt es schon wieder: Na, da müssen wir aber abwarten, vielleicht ist da ein ZK oder ein Politbüro oder dort oder da noch etwas. Es ist nichts, meine Damen und Herren! Übrigens auch schon vom Text der Note her gesehen. Wenn Sie sich ihren Wortlaut vornähmen, würden Sie nie auf die Idee kommen, da eine Chance zu sehen.

Wir kennen uns lange, Herr Foschepoth, und ich bin als Wissenschaftler so erzogen, Sie sicher auch, daß man zunächst einmal dem Kollegen zuhört. Ich habe das bei Ihnen nun über Jahre hinweg getan. Sie haben ihre Ergebnisse ja in den 80er Jahren herausgebracht, und ich habe sie mit Interesse gelesen. Ich will dazu zwei, drei Anmerkungen machen. Die eine geht eher in die methodische Richtung. Es ist das hier schon angesprochen worden, Herr Jacobsen hat darauf hingewiesen. Ich will es so verdeutlichen: Wenn ich jetzt, Herr Foschepoth, vielleicht von unserem Sekretär den Auftrag erhalte, eine Würdigung Ihrer Persönlichkeit für die „Kaderakten“ der Enquete-Kommission abzuliefern, und käme auf die Idee, ihr die Beurteilung Ihrer Klassenlehrerin aus dem 1. Schuljahr zugrunde zu legen, dann würden Sie wahrscheinlich sagen: Das ist zu wenig. Und ich denke, wenn Sie immer wieder auf die Aufzeichnungen von Kirkpatrick zurückgreifen und eben nicht das gesamte Umfeld berücksichtigen, dann ist mir das auch zu wenig. Dann kann ich Sie – entschuldigen Sie, wenn ich das so offen sage – eigentlich nicht ernst nehmen. Auch deswegen nicht, das ist nun noch ein bißchen gewichtiger, wenn Sie hier so tun, als habe es in den 50er Jahren eine aktive sowjetische Deutschlandpolitik überhaupt nicht gegeben. Sie rühren immer wieder in den Akten der Briten und der Deutschen und des Bundeskanzleramtes und sonstwo herum, aber Sie vernachlässigen, das ist mein Vorwurf an Sie, den Faktor Sowjetunion. Und solange Sie den nicht einbeziehen, kann ich Sie, so leid mir das tut, nicht ernst nehmen. Da fehlt etwas; das ist eine zu einseitige Sicht der Dinge und in gar keinem Fall überzeugend. Noch eine kleine Nachfrage: Sie haben in Ihren Ausführungen darauf hingewiesen, daß es Optionen, Handlungsspielräume etc. gegeben habe. Also ich denke schon,

daß Sie dann auch einmal einen Ton darüber sagen müssen, wo diese Optionen gelegen, wo diese Handlungsspielräume existiert haben sollen. Ich vermag sie, zugegebenermaßen unter besonderer Berücksichtigung der sowjetischen Deutschlandpolitik – und zwar nicht etwa erst der 50er, sondern schon der 40er Jahre – einfach nicht zu sehen.

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Herr Koschyk.

Abg. Koschyk (CDU/CSU): Mir geht es auch so. Es wäre am besten gewesen, Herr Weisskirchen, wenn Sie das Schlußwort gehabt hätten. Ich bin in der Tat auch der Meinung, daß das, was Sie gesagt haben, auch bedenkenswert für die Phase ist, in der wir jetzt auch die Schlußfolgerungen aus unserer Enquete-Kommissions- Arbeit ziehen müssen.

Ich möchte und muß trotzdem noch ein paar Anmerkungen zu dem machen, was Herr Foschepoth gesagt hat. Sie haben auf den Wiesbadener Parteitag der CDU 1988 und auf die Deutschlandpolitik dort abgehoben. Ich kann als CSU-Politiker vielleicht unbefangener über diesen Parteitag sprechen. Es war in der Tat so, daß es im Vorfeld im Februar 1988 ein Papier aus dem Adenauer-Haus gegeben hat. Es stammte von einem Referenten, der dieses Papier damals gemacht hat, das über den „Spiegel“ an die Öffentlichkeit gedrungen ist. Sie können, wenn Sie das heute hier in die Diskussion einführen, natürlich nicht ausblenden, welche monatelangen Diskussionen es dann im Vorfeld dieses Parteitages über die deutschlandpolitische Position gegeben hat und daß gerade Aussagen zum Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands in das Papier des Wiesbadener Parteitages Eingang gefunden haben, in deren Mittelpunkt ein Adenauer-Zitat stand. Was Sie zu Reden der deutschlandpolitisch verantwortlichen Kabinettsmitglieder der Regierung Kohl/Genscher seit 1982 gesagt haben, und Sie haben ja die Reden von Frau Wilms angesprochen, dem wäre gegenüberzustellen, wie seit 1982 die Minister Barzel, Windelen und Wilms auch wieder deutschlandpolitische Reden, zunächst in den westlichen Hauptstädten und bewußt in den westlichen Hauptstädten, und dann in allen Hauptstädten der Europäischen Gemeinschaft gehalten haben, wie also die Deutschlandpolitik der Regierung Kohl/Genscher wieder auf außenpolitischer Bühne dargestellt und erläutert worden ist. Wenn Sie das Jahr 1989 und die Veranstaltungen der Bundesrepublik Deutschland zum 40jährigen Bestehen der Bundesrepublik Deutschland als Beleg nehmen wollen für den Status quo, dann muß ich sagen, schauen Sie sich bitte einmal an, welchen Beitrag das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen in diesem Jahr 1989 mit Veranstaltungen geleistet hat. Und es war sicher kein Zufall, daß aus diesem Grund, weil gerade dieses Bundesministerium deutlich gemacht hat, 40 Jahre Bundesrepublik Deutschland sind auch 40 Jahre lang deutsche Teilung mit dem Anspruch der Bundesrepublik Deutschland aus dem Grundgesetz heraus sie zu überwinden, die neben mir sitzende damalige Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen, Frau Wilms, am

9. November in Berlin gewesen ist, weil damals im Berliner Reichstag eine solche Veranstaltung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen in Berlin stattgefunden hat.

Zur Oder-Neiße nur noch ein Satz. Daß alle Parteien in der Bundesrepublik Deutschland bis in die 60er Jahre hinein einen Konsens in dieser Frage gehabt haben, das ist doch auch unbestritten. Und es bringt doch nichts, jetzt eine Rede von Adenauer aus dem Jahr 1951 und dann die Reaktion der westlichen Alliierten darauf zu zitieren. Ich könnte Ihnen eine ganze Reihe sehr knackiger, scharfer Telegramme und Reden der Sozialdemokratie bis 1963/65 zu diesem Themenkomplex zitieren. Das war damals Gemeingut, man hat erkannt, und da gab es auch sehr schnell Konsens, daß diese Frage eben mit dem völkerrechtlichen Status Deutschlands – wie ich das vorhin ausgeführt habe – im Zusammenhang stand. Und man konnte nicht an der einen deutschen Staatsangehörigkeit festhalten, ohne den Gebietsstand als Ausgangspunkt für friedensvertragliche Regelungen mitzudenken. Darüber wird ja nächste Woche Herr Prof. Blumenwitz vor unserer Enquete-Kommission berichten.

Und jetzt im Sinne dessen, was der Herr Kollege Weisskirchen gesagt hat zum Gesamtergebnis deutschlandpolitischen Handelns in 40 Jahren Politik der Bundesrepublik Deutschland für die Überwindung der deutschen Teilung, nämlich daß die verschiedenen Phasen deutscher Nachkriegspolitik je ihren Anteil daran haben. Ich fand das, und damit möchte ich schließen, im Jahre 1989 sehr eindrucksvoll bestätigt. Ich denke an Helmut Kohls damalige Rede mit dem Zehn-Punkte-Programm. Eckhard Kuhn hat am 3. Oktober in einem sehr guten Filmbeitrag das alles noch einmal gerafft dargestellt, und da sieht man, wie im ganzen Haus – ich gehörte ihm damals nicht an – Beifall für diese Rede Kohls, für dieses Zehn-Punkte-Programm, gespendet wurde. Und die Entsprechung zur Rede Helmut Kohls im Bundestag, die habe ich damals als Gast gehört beim SPD-Parteitag, der von Bremen nach Berlin verlegt wurde, in der Rede von Willy Brandt. Da hat sich für mich in der Rede von Helmut Kohl und seinem Zehn-Punkte-Programm und in dem, was Willy Brandt damals auf dem SPD-Parteitag in Berlin gesagt hat, der Bogen geschlossen. Da habe ich den Konsens von 40 Jahren deutschlandpolitischen Handelns sehr deutlich gespürt, und ich muß sagen, auch gerade bei der Rede von Willy Brandt, mit großer innerer Bewegung.

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Der Bogen ist auch wieder geschlossen zu dem, was Herr Weisskirchen gesagt hat. Es ist meine Pflicht, die Sachverständigen zu fragen, ob es ihnen dringlich erscheint, noch etwas als Schlußwort zu sagen. Ich fange mit meinem Nachbarn zur Linken an, Herr Faulenbach.

Dr. Bernd Faulenbach: Es wird Gelegenheit sein, bei anderem Anlaß die Diskussion weiterzuführen. Ich würde nur gerne einen Satz noch sagen. Ich fände es gut, wenn sich alle Seiten, ich sage bewußt alle Seiten,

noch stärker als heute einer kritischen und selbstkritischen Aufarbeitung der Nachkriegsentwicklung, gerade auch im Hinblick auf die Auswirkungen westdeutscher Politik in der DDR, stellen würden.

Wir können hier die Diskussion nicht wieder eröffnen und fortsetzen. Es gibt in der Politik immer Wandlungen, das Reagieren auf veränderte Konstellationen, nicht nur im Falle Adenauers, sondern auch der SPD: Deren Deutschlandpläne, die vorgelegt und kurz darauf wieder zurückgezogen wurden, sind ein Indiz für das Suchen nach Lösungen. Das gilt also für alle. Man muß um der historischen Gerechtigkeit willen sagen: Wenn die SPD-Führung 1958–1960 einen Kurswechsel vorgenommen hat, dann ist das ja auch nicht zufällig gewesen, sondern resultierte aus der Einsicht in die verfestigte Konstellation, in der man politikfähig bleiben mußte.

Schließlich, Herr Foschepoth, es ist doch auch festzustellen, daß immerhin eine stabile Demokratie entstand, deren Prinzipien sich in 40 Jahren bewährt haben. Das haben die Deutschen im anderen Teil, in der DDR, auch so gesehen, sonst hätten sie 1989/90 nicht ihre Entscheidungen so gefällt, wie sie sie gefällt haben. Und vorher, als sie die Möglichkeit nicht hatten, haben Millionen mit den Füßen abgestimmt. Die Gesamtentwicklung ist mithin ambivalent.

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Herr Dr. Foschepoth, es wird mich sehr interessieren, wie jemand, der so oft auch kritisch angesprochen wurde, nun kurz reagiert.

Dr. Josef Foschepoth: Vielleicht auch von mir eine kurze biographische Anmerkung. Es steckt kein politisches Konzept dahinter, sondern es war für mich gewissermaßen ein Aha-Erlebnis, aus Londoner Perspektive einmal deutsche Politik studieren und analysieren zu können. Und daß ich auf diese Weise einen anderen Zugang dazu gewonnen habe, denke ich, ist aufgrund der unterschiedlichen Perspektive verständlich. Ich bin kein Spezialist für sowjetische Deutschlandpolitik, da will ich Ihnen überhaupt nicht den Rang streitig machen, Herr Fischer, sondern meine Aufgabe bestand einfach darin, die bis dahin unbekanntenen Entscheidungsmechanismen westlicher Politik aufzuarbeiten.

Bei dieser Gelegenheit wurde deutlich, wie eng Innen- und Außenpolitik verzahnt waren. Und das Faszinierende, was deutlich geworden ist, ist, daß Adenauer es geradezu bravourös verstanden hat, sich einen immer größeren Spielraum zu verschaffen, indem er die Innenpolitik gegen die Außenpolitik und umgekehrt ausgespielt hat. Das ist einfach faszinierend zu sehen, wenn ein Mann wie Adenauer auf Reisen geht und in Paris, Washington und London auftaucht und jeweils wird darüber berichtet, was er gemacht hat und was er auch jeweils bei den einzelnen Stationen ausgelassen hat, um sich jeweils auf den Partner im Westen entsprechend einzustellen. Daraus ergeben sich eben ganz bestimmte Konsequenzen. Er spielt sicherlich sehr oft mit dem Argument: Aber ich muß es ja für meine deutschen Zuhörer gewissermaßen

verkraftbar machen, wenn wir eine solche Vereinbarung treffen. Umgekehrt ist das Argument im Ausland immer das andere, daß man natürlich mit Blick auf die deutsche oder auswärtige Politik nur so und nicht anders handeln kann. Was mir hierbei aber wichtig ist, und da finden wir doch einen Konsens, ist, bei der Aufarbeitung der Geschichte beider deutscher Staaten, der gesamtdeutschen Geschichte, den dialektischen Wechselprozeß der westlichen und der östlichen Entwicklung stärker herauszuarbeiten, so wie wir es vielleicht bislang gemacht haben mit Blick auf den dialektischen Wechselprozeß zwischen westlicher und westdeutscher und ostdeutscher und östlicher Politik, jetzt hieraus ein Gesamtbild zu entwickeln und zu formulieren. Dann wird eben deutlich, und das ist ein Anliegen, was sehr sehr wichtig ist und auch vorgetragen werden sollte, welche Versäumnisse auf unserer Seite bestanden haben. Nicht in dem Sinne, daß es möglicherweise alles hätte anders gemacht werden können, aber daß wir uns doch immer sehr stark selber im Blick gehabt haben mit den Konsequenzen, die sich dann eben für den Nacheinigungsprozeß seit 1989 in Deutschland insgesamt ergeben. Hierzu zählt auch, und das ist ganz wichtig, die Frage: Welche Verantwortung haben die Deutschen an der Teilung selber gehabt? Ich denke, dazu ist schon das Notwendige gesagt worden, daß wir natürlich nicht bei dem Jahre 1945 anfangen können, sondern eben weiter zurück. Sonst wären die sowjetischen Truppen nicht auf deutschem Boden gewesen und hätten wir sicherlich die Probleme der Teilung nicht gehabt, wenn eben nicht die deutsche Wehrmacht nach Rußland eingefallen wäre und da auch nicht dieses entsetzliche Resultat von über 20 Millionen Toten hinterlassen hätte. Dieser Zusammenhang muß gesehen werden. So ist auch dieser Satz zu verstehen, wenn es um die Verantwortung der Deutschen an der Teilung geht.

Der andere Aspekt, den Sie hervorgehoben haben, ist natürlich ein sehr zentraler, die Frage der Wirkung der Politik der Stärke. Ich habe mich in meinen Äußerungen auf die Politik der Stärke der 50er und Anfang der 60er Jahre konzentriert. Ich habe also kein Urteil darüber abgegeben, was in den 80er Jahren passiert ist. Es ist sicherlich richtig, wenn Sie darauf hinweisen, daß die Rüstungspolitik, auch der 80er Jahre, entscheidend zum Zusammenbruch des östlichen Systems beigetragen hat. Wir haben es geschafft es kaputt zu rüsten, sagen wir es einmal so. Aber, wenn wir dieses eben sehen, müssen wir auch immer wiederum die Kosten bedenken, die ja durch diesen Antagonismus der letzten 40 Jahre entstanden sind.

Was heute auch noch nicht zur Sprache gekommen ist, ist ja zum Beispiel auch der atomare Wettlauf, der in der zweiten Hälfte der 50er Jahre einsetzte und der sicherlich auch einen Grund darin hatte, daß die Anerkennung des Status quo einvernehmlich nicht geregelt werden konnte. Dadurch entwickelte sich dieser Wettlauf, um jeweils der anderen Seite immer eine Nasenlänge voraus sein zu können. Mit anderen Worten: Der Rüstungswettlauf ist auch eine Folge

der nichterfolgten Politik der Verständigung, des Ausgleichs zwischen den verschiedenen Machtblöcken, die sich herausgebildet haben.

Mir geht es immer wieder darum, das ist gewissermaßen die Quintessenz meines Plädoyers gewesen, zu zeigen, daß hier nicht eine gute und eine schlechte Linie ist und gewissermaßen die eine Seite immer alles richtig gemacht hat, sondern ich betone die Interaktion zwischen den verschiedenen Seiten sehr stark, von einer interessengeleiteten Politik ausgehend, mit dem dann zu beobachtenden Resultat. Das ist das Ergebnis der Analyse. Ich setze nicht, bevor ich analysiere, erst einmal ein Werturteil, sondern wenn ich höre, daß die Sowjetunion beispielsweise ein Interesse daran hat, daß dieses Deutschland nicht in den westlichen Block abdriftet, ist das doch absolut legitim. Das verstehe ich aus der Perspektive der Sowjetunion. Ob wir das nun wollen, ist eine ganz andere Frage.

Ein letzter Punkt vielleicht nochmal zu der Frage der Handlungsspielräume. Das ist ja auch eine sehr wichtige Frage der Option. Auch hier ist es wieder wichtig, die historische Offenheit der Situation zu sehen. Aus der rückschauenden Perspektive sieht alles sehr viel logischer aus und sehr viel konsequenter und einheitlicher, als es in der historischen Situation gewesen ist. Es gibt eine ganze Reihe, und Sie können anfangen bei dem Byrnes-Plan 1946 über den Robertson-Plan von 1948 bis hin zu Churchills Initiative von 1953, nehmen Sie Berija noch dazu, nehmen Sie Stalin noch dazu und alle möglichen, immer wieder sind also maßgebliche Politiker mit dem Gedanken befaßt gewesen, doch diesem Wunsch der Deutschen, der so sich artikuliert, nachzugeben und eine Lösung für eine Vereinigung Deutschlands zu finden. Und immer wieder, wenn diese Ideen auftauchten, kam ganz deutlich das Signal von der westdeutschen Politik: Stop, so nicht, wir wollen es nicht. Und das ist der Punkt. Es ist keine Initiative in dieser Weise genutzt worden – ich spreche ja jetzt nicht über Berija, ich spreche gerade über die verschiedenen westlichen Initiativen. Ich kann Ihnen das gerne einmal zeigen, wo man das nachlesen kann.

Fazit also: Ich denke, es bleibt noch eine ganze Menge zu tun, um auf den Weg zu einem gesamtdeutschen Geschichtsbild zu kommen. Dieses kann eben nur gelingen, wenn auf jeder Seite auch die Bereitschaft zur Selbstkritik besteht, an der jeweils eigenen Politik, wie sie da betrieben worden ist.

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Der Aufruf zur Selbstkritik und jetzt Herr Dr. Wettig.

Priv. Doz. Dr. Gerhard Wettig: Es juckt mich eigentlich, jetzt noch einmal in Polemik einzusteigen, aber das will ich lieber doch nicht tun. Statt dessen möchte ich einfach meine Freude über das zum Ausdruck bringen, was Herr Weisskirchen geäußert hat und wie Sie, Herr Koschyk, darauf reagiert haben. Dies gibt mir die Hoffnung, daß die weitere Diskussion, die wir darüber führen werden und die sicherlich nicht unkontrovers sein wird – es gibt ja

unterschiedliche Blicke auf die Fakten, es kommen auch unterschiedliche Fakten in den Blick und überdies sind wir unterschiedliche Menschen –, bei einem solchen Herangehen an die Dinge von einer Offenheit für die wechselseitigen Überlegungen geprägt wird, so daß wir nicht notwendigerweise immer gegeneinander diskutieren, sondern miteinander. Das ist meine Hoffnung.

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Und siehe, wir schafften es doch noch, zu einer versöhnlichen Beendigung des heutigen Tages zu kommen. Ich danke Ihnen, daß sie mit Leidenschaft dabei waren. Das ist ja auch ein brisantes Thema, denn es hat etwas mit Selbstschau und Sich-Wiederfinden zu tun, in Hoffnung und Enttäuschung. Ich denke, genauso wie Sie es, Herr Dr. Wettig, gesagt haben, Weisskirchen und Koschyk, irgendwo paßte das zusammen. Das wird uns vielleicht in der Zukunft helfen. Meine Damen und Herren, ich beende die öffentliche Sitzung.

Ende der Sitzung 15.50 Uhr